

VOLKSSTIMME Steirische

www.kpoe-steiermark.at



Ausgabe 04, Juni 2008 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen KPO

Pensionsschwindel So holen sich die Versicherungen unser Geld

Die privaten Versicherungsunternehmen buhlen um die Gunst der Menschen, seit die staatliche Pensionsvorsorge den Rückmarsch angetreten hat. Werbefeldzüge und Verwaltungskosten – unter anderem üppige Vorstandsgehälter bei Privaten – dämpfen die Erträge so wie risikoreiche Veranlagungen. Droht uns in der Pension ein böses Erwachen? S. 2/3

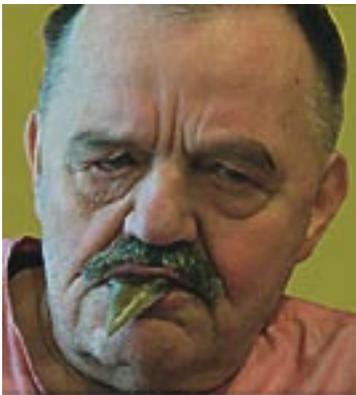


TEURE LEBENSMITTEL

Preistreiberei macht Lebensmittel teuer S. 10

SPIELSUCHT

Las Vegas in der Südsteiermark S. 16/17



Alfred Hrdlicka

Skulptur, Mischtechnik, Zeichnung, Grafik aus der Sammlung Arsenschek

Eröffnung am Mittwoch, 4. Juni, 19 Uhr.
KPO-Bildungszentrum, Lagergasse 98a, Graz
Ausstellung 4. bis 21. Juni. Di-Sa, 10 bis 18 Uhr (Do bis 21 Uhr)

Hoffen auf ein neues Wunder-Team. Am 8. Juni um 18.00 Uhr eröffnet – einen Tag nach dem Auftakt in der Schweiz – das österreichische Team mit dem Spiel gegen Kroatien die Fußball-EM auch in unserem Land. Am 12.6. und 16. 6. folgen den Partien gegen Polen und Deutschland. Wir wünschen unseren Fußballern nach der durchwachsenen Vorbereitung ein kleines Fußball-Wunder und den weniger Fußballbegeisterten eine angenehme Zeit fern der vielen Fanmeilen.

Gemeinsam gegen die Teuerung

Protest!
Streik!
Widerstand!

Amtliche Preisregelung!



KPO
STEIERMARK

GESCHÄFTE MIT DER PENSIONSANGST

Wie unser Pensionssystem

„Das staatliche Pensionssystem ist nicht mehr finanzierbar“, lautet das Argument bei Pensionsreformen und -kürzungen. Tatsächlich steckt dahinter ein Werbefeldzug der privaten Versicherungswirtschaft, die versucht, die private Vorsorge als die bessere Alternative zu verkaufen, was sie aber nicht ist.

Botschaften wie „Die Alten kassieren – Junge zahlen drauf“ überschwemmten die Medien gegen Ende letzten Jahres. Den Anlass dafür gab eine vergleichsweise geringe Pensionserhöhung, die nicht einmal hoch genug war, die Kaufkraftverluste der letzten Jahre wettzumachen.

Helmut Holzer, einst Chefmathematiker der UNIQA-Gruppe, Gründungsmitglied der ersten privaten Pensionskasse Österreichs ÖPAG, heute Mitglied der Pensionskommission, malte ein Horrorszenario: Wenn man bestehende Pensionen nicht kürzen könne, müsse man eben die künftigen langfristig um bis zu 20 % des realen Wertes senken.

Tatsächlich betrug die Durchschnittspension im

Vorjahr nur mehr 871 Euro, Tendenz sinkend.

Retter in der Not

Die Bevölkerungsentwicklung sei schuld an der Misere, heißt es seit Jahren. Schließlich müssten immer weniger Junge die Pensionslast für ein immer größer werdendes Pensionistenheer bestreiten. Doch der wahre Grund für die Unkenrufe liegt woanders.

Viel gepriesen als soge-

nannte „zweite Säule“ zur künftigen Pensionssicherung wurde die private Zukunftsvorsorge, deren großzügige staatliche Förderung in Österreich 2003, zeitgleich mit der einschneidenden Pensionsreform, beschlossen wurde. Als Berater der Reform fungierten Lobbyisten der privaten Versicherungswirtschaft. Sie propagierten die Demontage des staatlichen Pensionssystems, um anschließend mit ihren privaten Vorsorgemodellen hilfreich in die Bresche zu springen.

Tatsächlich war von einer Bedrohung des staatlichen Pensionssystems jahrzehntelang nie die Rede, obwohl die

Lebenserwartung in den letzten 100 Jahren um insgesamt 30 Jahre gestiegen ist. Denn ein beachtlicher Produktivitätszuwachs hat es möglich gemacht, dass bereits heute drei Arbeitende eine/n Pensionisten/in ernähren können, während dazu früher sieben Beschäftigte nötig waren.

Geldverschwender private Versicherer

Das viel gerühmte kapitalgedeckte System hingegen hat zahlreiche Mängel. Es ist unsozial, risikoreich und vor allem teuer. Während die Verwaltungskosten für das staatliche Pensionssystem in Österreich lediglich 1,8 % der

INFO

Die **Pensionserhöhungen** im Zeitraum 2002 bis 2008 betragen insgesamt nur 10,4 %, die Verbraucherpreise für PensionistInnen stiegen im gleichen Zeitraum um 15,5 %.

Gesetzliches **Pensionsantrittsalter** derzeit: Männer: 65, Frauen 60 Jahre, tatsächliches 59,4 (Männer) bzw. 58,2 Jahre (Frauen). 61.000 Österreicher sind **2006** in den **Ruhestand** gegangen, 60 % von ihnen, vor allem Niedrigverdiener, haben gegenüber dem alten Pensionssystem verloren.



Altersarmut – Trotz Privatversicherung. Die Privaten halten nicht, was sie versprechen. (Foto: FLICKR).

zerstört wird

Beiträge ausmachen, geben private Versicherer dafür bis zu 15 Mal so viel aus. Denn hohe Vorstandsgehälter, Vertreterprovisionen und millionenschwere Werbefeldzüge verschlingen riesige Summen. Weniger Betuchte können sich die private Vorsorge gleich gar nicht leisten. Die Folge: Die Altersarmut nimmt zu.

Leere Versprechen

Acht Prozent Rendite versprochen die Privatversicherer den Anlegern noch im Jahr 2000. Heute sieht die Realität anders aus: In Deutschland

ging im Vorjahr die Göttinger Gruppe, ein privater Finanzkonzern, mit rund einer Milliarde Verlust in die Pleite.

„Die Brandstifter spielen Feuerwehr. Wir haben es mit einem Kartell der Lobbyisten zu tun.“ (Dr. Norbert Blüm, ehemaliger deutscher Arbeitsminister)

250.000 Rentner schauen durch die Finger. Für die Göttinger Gruppe hatten zahlreiche deutsche Politiker jahrelang intensiv geworben.

In Österreich musste ein Drittel der 50.000 Pensionsbezieher der privaten Pensionskassen – sie verwalten rund 13 Mrd. Euro von 570.000 Personen – mehrprozentige Einbußen in Kauf nehmen.

Doch die gesetzliche Rente, die auch bei Erwerbsunfähigkeit und Invalidität garantiert ist, und die Sozialleistungen erbringt (z.B. Anrechnung von Kindererziehungszeiten) wird weiter schlecht gemacht. Pensionsexperte Bernd Marin, Mitgestalter der Pensionsreform unter dem Kabinett Schüssel, beharrt darauf, den Untergang des staatlichen Pensionssystems heraufzubeschwören. In seinen Zeitungskolumnen empfiehlt er weitere Pensionskürzungen und eine raschere Anhebung des Pensionsalters. „Ganz zufällig“ ist Marin gern gesehener Redner und Teilnehmer bei diversen Veranstaltungen privater Versicherungsunternehmen. Wer ihm wohl die dicken Honorare zahlt?

Was bleibt am Schluss? Ein Pensionssystem kann nur nach dem Generationenvertrag (die heute Arbeitenden zahlen die Pensionen der Alten) funktionieren und nicht über Spekulationsgeschäfte. (Siehe auch unsere Umfrage zum Thema auf Seite 20.)



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Standortvorteil: Gier

Verdienen die Österreicherinnen und Österreicher zuviel? Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man sich die „Argumente“ einiger Manager anhört. Nicht selten werden Betriebe in Billiglohnländer verlegt, weil dort noch höhere Gewinne winken.

Man sei bei uns nicht mehr wettbewerbsfähig, lautet die bekannte Leier. Manchmal genügt schon allein die Drohung mit der Abwanderung, um die Beschäftigten zum Verzicht auf Sozialleistungen oder gar zu Einschränkungen bei den Löhnen zu bewegen.

Geht es um die Einkünfte der Chefs, schaut die Sache plötzlich ganz anders aus. Die Einkünfte der österreichischen Manager sind im Vorjahr um durchschnittlich 17 Prozent (!) gestiegen. Einige kassieren pro Jahr mehr als Normalsterbliche in einem ganzen Arbeitsleben oder mehr als das 40-Fache ihrer Angestellten.

Werden die Einkommen in den Chefetagen kritisiert, werden die Kritiker sehr schnell als Neidgenossenschaft abgestempelt.

Plötzlich hört sich die Geschichte mit der Wettbewerbsfähigkeit ganz anders an: Wenn wir unseren Managern keine solchen Spitzengagen zahlen, werden sie halt ins Ausland abwandern.

Am meisten wettbewerbsfähig sind scheinbar jene Betriebe, die ihre Arbeiterinnen und Angestellten so gering wie möglich, ihre Manager hingegen besonders fürstlich entlohnen.

So gesehen dürfte Gier ein geradezu exzellenter Standortvorteil sein.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Für ihre Leistungen in Sachen Spielberg gibt es für die Landesregierung nur eine Auszeichnung: den blechernen Dosenring.

INHALT

Strom bald billiger?	4/5
Supergagen im LKH	6
Schulden statt Traumjob	7
Problem Mietkauf	9
Risiko Börse: Verhungern durch Aktienspekulation	10
Gutes Rad um wenig Geld	15
Wettspielmetropole Leibnitz16/17	
Bedrohtes Paradies:	18
Tierschutz	19
Frage an die Lerer/innen	20
Ausstellung Alfred Hrdlicka	21
Leserbriefe	23
EU: Gewaltige Spesen	24

Allerhand
aus dem Land(tag)

Klimaschutz-Bremse

Im Jänner hat der Landtag ein neues Baugesetz mit wesentlichen Neuerungen bei der Wärmedämmung beschlossen. Die entsprechende Verordnung der Landesregierung fehlt jedoch bis heute. So werden in der Steiermark nach wie vor Gebäude entsprechend einer inzwischen völlig veralteten Wärmeschutzverordnung errichtet. Ernest Kaltenegger, (KPÖ) zeigt sich verärgert: „Gerade wegen der steigenden Energiekosten muss die Qualität des Wohnbaus in der Steiermark dringend verbessert werden.“

Strombonus

Der Strombonus von 70 Euro kann noch bis 11. Juli formlos bei Ihrem Gemeindeamt beantragt werden. www.soziales.steiermark.at

Schutz für Wasser

Schon im September 2006 hat der Landtag auf KPÖ-Initiative beschlossen, die heimische Wasserversorgung in der Landesverfassung vor Privatisierung und Liberalisierung zu schützen. Der Grund: In immer mehr EU-Staaten kommt es zur Privatisierung der Wasserversorgung. Jetzt wird – ebenfalls auf KP-Initiative – die Bundesregierung aufgefordert, das öffentliche Eigentum an der Wasserversorgung in die Bundesverfassung aufzunehmen.

Wohnbeihilfe beschleunigt

Mit unserer Kritik an den langen Wartezeiten auf die Wohnbeihilfe konnten wir einen großen Erfolg erringen: Ab Ende Mai sollen alle Anträge auf Wohnbeihilfe binnen vier Wochen erledigt werden.



MASSNAHME GEGEN HOHE STROMPREISE

Steirer wollen ESTAG

Der Landesenergieversorger Energie Steiermark ist seit 1998 teilprivatisiert. 25,1 % besitzt der französische Atomkonzern EdF. 2001 gingen die ESTAG-Kraftwerke an den Verbund, der auch bei der ESTAG-Tochter STEWEAG-STEAG (SSG) mit 34,57 % einstieg. Seither stöhnen die Haushalte unter steigenden Strompreisen. Eigentümervertreter Landeshauptmann Franz Voves schiebt die Verantwortung ab.

3.500 kWh zu Grunde, derzeit unter den neun Landesenergieversorgern der teuerste Anbieter. Gleichzeitig sitzt der Verbund in der Energie-Steiermark Stromtochter SSG. Ein Gemenge, das für Außenstehende nicht leicht durchschaubar ist.

STROM-AUSVERKAUF

1998 hat der Landtag mit den Stimmen von SP und VP 25,1% an der damaligen ESTAG an den französischen Stromriesen EdF verkauft. Die mit der EdF abgeschlossenen Syndikatsverträge sichern den Franzosen eine deutlich höhere Mitsprache, als ihnen eigentlich zustehen würde.

Der Schlag gegen die heimische Stromversorgung folgte 2001. Am Landtag und damit an der Öffentlichkeit vorbei beschloss die Landesregierung mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP die Abgabe der STEWEAG-Kraftwerke an den im Mehrheitseigentum der Republik Österreich stehenden Verbund-Konzern (mit den Südpol-Verträgen).

Die EdF hat auf Grund von Verträgen mehr Mitsprache an der ESTAG, als ihr gemäß ihrer Eigentumsanteile zustehen. Außerdem habe die Energie Steiermark keine eigenen Kraftwerke mehr, müsse also den Strom an der Leipziger Strombörse teuer einkaufen, so die monoton vorgetragene Rechtfertigung von Landeshauptmann Franz Voves für die angebliche Ohnmacht des Landes.

Während der Verbund der billigste Anbieter bei Haushaltsstrom ist und in der Steiermark Neukunden keilt, ist die Energie Steiermark, legt man einen Haushaltsverbrauch von

Ausverkauf der Wasserkraft

Nun hat der Landtag auf Antrag der KPÖ mit den Stimmen von ÖVP und Grünen den Rückkauf der EdF-Anteile beschlossen. Die SPÖ stimmte dagegen. Worum geht es? 1998 verkauften ÖVP und SPÖ 25,1% der ESTAG an den französischen Stromriesen EdF.

Der echte Schlag gegen die heimische Stromversorgung folgte 2001, als die Landesregierung die Wasserkraftwerke an den Verbund weitergab (siehe Kasten). Der Protest der SPÖ an diesem Ausverkauf der steirischen Stromerzeugung aus Wasserkraft hielt sich in Grenzen.



1998 verkaufte das Land Steiermark 25,1 % der ESTAG an den französischen Strommulti Energie de France (EdF). Seither fließt ganz offiziell französischer Atomstrom durch steirische Stromkabel. Der Verkaufserlös von 407 Millionen Euro plus inzwischen erzielter Zinsen liegt in der ESTAG. Er könnte für einen Rückkauf verwendet werden. Der wiederum hätte zur Folge, dass der Strom für die steirischen Haushalte billiger wird.

FOTO: FLICKR

zurückkaufen

Begründet wurde dieser Deal mit einer engeren Zusammenarbeit von ESTAG und Verbund. So besaß der Verbund damals rund 70 Prozent an der steirischen STEG, der Rest gehörte der ESTAG. Im Zuge des Abtausches wurden die der ESTAG gehörende STEWEAG mit der STEG zur SSG fusioniert. Diese neue Gesellschaft steht seither zu 35 % im Verbund-Eigentum, knapp 65 % gehören der Energie Steiermark.

Schlechter Tausch

Sämtliche Wasserkraftwerke wurden allerdings in die Verbund-Tochter AHP (Austrian Hydro Power) eingebracht. Im Gegenzug bekam die ESTAG einen 5%-Anteil an der AHP. 24 der in die AHP eingebrachten Wasserkraftwerke kamen von der STEWEAG, vier waren im Besitz der STEG.

Ein schlechter Tausch! Die heimischen Wasserkraftwerke waren futsch und der Verbund sitzt seither mit knapp 35 %

in der SSG, die ohne Kraftwerke allerdings zu einer reinen Stromhandelsfirma degradiert worden war! All das für läppische 5 % der ESTAG an der AHP, in deren Besitz seither die Wasserkraftwerke sind.

Ähnliches geschah mit den thermischen Kraftwerken. Sie wurden an die Verbundtochter ATP (Austrian Thermal Power) übertragen, die ESTAG dafür mit 34 % an der ATP beteiligt. Die geplante engere Vernetzung von ESTAG und dem republikeneigenen Verbundkonzern blieb von Anfang an eine verhatschte Lösung, da der französische Atomstromriese EdF in der ESTAG saß und auf gewaltige Mitspracherechte pochen konnte.

Rückkauf der EdF-Anteile ist sinnvoll

Vor diesem Hintergrund wäre ein Rückkauf der EdF-Anteile durch die Energie Steiermark sinnvoll. Geld genug ist vorhanden. Schließlich verblieben

KOMMENTAR

Herr im eigenen Haus

VON KPÖ-LABG. WERNER MURGG



Die Energie Steiermark will dieses Jahr die Strompreise wieder erhöhen. Das wäre die dritte Erhöhung seit Jänner 2006. Bereits jetzt stöhnen die steirischen Haushalte unter den hohen Strompreisen. Die Energie Steiermark ist unter den neun Landesgesellschaften der teuerste Anbieter. Das habe ich zum Thema einer dringlichen Anfrage an Landeshauptmann Voves gemacht. Die Antwort des Landeshauptmannes kennen wir: ihm seien als Eigentümervertreter die Hände gebunden, da der französische Minderheitseigentümer EdF gewaltige Mitspracherechte besitze. Deshalb hat die KPÖ den Antrag eingebracht, die EdF-Anteile zurückzukaufen. Das Geld ist entgegen aller Unkenrufe vorhanden. Die für den seinerzeitigen Verkauf kassierten 407 Millionen Euro sind im Unternehmen verblieben. Zur Überraschung vieler hat der Landtag unseren Antrag angenommen. Einzig die SPÖ hat gegen unseren Antrag gestimmt.

Beschämend die Haltung von Landeshauptmann Voves vor der entscheidenden Abstimmung: Händeringend flehte er

die ÖVP-Abgeordneten an, doch nicht dem, wie er es nannte, Re-Verstaatlichungsantrag der KPÖ zuzustimmen. Derselbe Voves, der noch vor der Landtagswahl mit der versprochenen Installation einer Landesholding auf Stimmenfang gegangen ist. Das also ist von der SPÖ zum Thema Stärkung des öffentlichen Eigentums zu erwarten. Die Voves-SPÖ findet sich plötzlich in einer Koalition mit Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer.

Das dem steirischen Privatkapital öffentliches Eigentum an der Energieversorgung ein Gräueltat ist, verstehen wir. Wollen die Industriellen doch selbst an die profitträchtigen Filetstücke herankommen. Dagegen geht die SPÖ – verstärkt vor Wahlen – mit der Stärkung des öffentlichen Eigentums bei der Daseinsvorsorge hausieren. Zur Daseinsvorsorge gehört gerade auch die Stromversorgung. Die Haltung der KPÖ ist klar. Eine Strompreisgestaltung im Sinne der steirischen Haushalte wird erst dann wieder möglich sein, wenn wir Herr im eigenen Haus sind!

Werner Murgg

die 407 Millionen Euro, welche die ESTAG seinerzeit für den Verkauf der Anteile kassierte, im Unternehmen. Ein Rückkauf der Anteile würde auch zumindest einen – von Landeshauptmann Voves immer ins Spiel gebrachten – Grund für die mangelnden Einflussmöglichkeiten des Landes bei der Strompreisgestaltung sofort eliminieren.

Das Land wäre über Nacht wieder Alleineigentümer an der Energie Steiermark. Die Mit-

sprache des Verbundkonzerns an deren Stromtochter SSG bliebe bestehen, die Kraftwerke weiter im Besitz der Verbundtochter AHP und ATP. Das heißt: über eine längerfristige Kooperation mit dem Verbund wird man nachdenken müssen. Allerdings müsste dann auch über die Rahmenbedingungen dieser Kooperation neu verhandelt werden. Zur Strompreisgestaltung im Sinne der steirischen Haushalte.

Allerhand
aus dem Land(tag)

40 Millionen pro Jahr für Atomenergie

Österreich ist trotz seines Atomsperrgesetzes Mitglied bei Euratom und zahlt jährlich mehr als 40 Millionen Euro für die europäische Atomagentur. Die KPÖ Steiermark tritt – wie viele andere Atomgegner in Österreich – für den Austritt aus Euratom ein und hat sich im Landtag in diesem Sinne eingesetzt. Renate Pacher (KPÖ): „Auf eine Revision des Vertrages zu hoffen, ist eine Illusion!“.

Airpower – heiße Luft in Zeltweg?

600.000 Euro soll das Land für eine Flugshow des Bundesheeres in Zeltweg zur Verfügung stellen. Renate Pacher (KPÖ) lehnt das strikt ab. Pacher: „In Zeiten des Klimawandels hat eine derartige Veranstaltung schon aus ökologischen Gründen keine Berechtigung.“ Zu befürchten ist, dass die Flugshow zu einer Werbeschau für neue Trainingsflugzeuge – man will die alten Saab 105 ersetzen – wird. Ein neuerlicher Auf-rüstungsschritt im Sinne einer EU-Armee.



Foto: Flickr

SUPER-GEHÄLTER

- Spitzenreiter** bei den Einkommen im öffentlichen und halb-öffentlichen Bereich sind die **Estag-Bosse** Karl-Franz Maier und Franz Kailbauer mit je 381.000 Euro pro Jahr. Darauf folgen:
- Steweg-Boss** Gerhard Neubauer: 280.000 Euro pro Jahr.
- GKB-Bergbau-Chef** Helmuth Landsmann mit 260.000 Euro.
- Noch-Ferngas-Boss** Günter Dörflinger: mit 238.000 Euro.
- Grazer Stadtwerke-Chefs** Wolfgang Malik und Wolfgang Messner: je 220.000 Euro.
- GKK-Boss** Herbert Gritzner bekommt 150.000 Euro jährlich.

LKH-Zukunft: Supergagen für Bosse, billige Notversorgung für Patienten?

STEIRISCHE KRANKENHÄUSER

Supergagen für Chefs, Sparen beim Personal

Die Vorstandsbezüge der von Spitalslandesrat Helmut Hirt (SPÖ) bestellten Spitalsmanager stoßen der Bevölkerung sauer auf!

288.000 Euro sollte der oberste Spitalschef in der Steiermark pro Jahr bekommen, so die Idee von Spitalslandesrat Helmut Hirt (SPÖ). Ein eilig einberufener Sonderlandtag begrenzte die Bezüge der Spitalsmanager mit der Höhe der Bezüge des Landeshauptmanns.

Ernest Kaltenecker (KPÖ) nannte die Spitzengagen der KAGes-Manager „eine Demütigung für die Beschäftigten. Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern gehen bis an die Grenze des Leistbaren, bekommen aber nur einen Bruchteil dieser Supergagen“. Die Supergagen der Manager sind nicht der einzige Missstand in der KAGes. Patientinnen und Patienten klagen über lange Wartezeiten bei Operationen

und über die Stilllegung ganzer Abteilungen in vielen Bezirks-spitälern. Gleichzeitig leiden durch den Personalmangel immer mehr Spitalsbeschäftigte an einem Burn-Out-Syndrom, so eine Studie der Arbeiterkammer.

Ärzte schlagen Alarm

Vertreter der Spitalsärzte schlagen Alarm. Ärzte sind mit Arbeitszeiten von bis zu 80 Stunden in der Woche konfrontiert. Gleichzeitig behauptet der KAGes-Vorstand, ein Einhalten der Arbeitszeit-gesetze würde an den Spitälern die Ausbildung behindern. Prof. Gerhard Schuman von der Medizinischen Universität Graz schlägt Alarm: „Die Politik muss dieser Ausbeutung ein Ende setzen!“

Zudem sind Spitalsärzte äußerst schlecht entlohnt. Ärztinnen und Ärzte operieren nicht selten um 1350 Euro netto im Monat am offenen Herzen. Um all diese Missstände abzustellen, wäre eine deutlich stärkere Einflussnahme des Eigentümers der Kranken-anstalten – das Land Steiermark – geboten.

So war es bis 1985. Damals wurden die Spitäler dem unmittelbaren Einfluss des Landtages entzogen. Die KPÖ stellte den Antrag, die KAGes aufzulösen und die Landes-spitäler wieder in die Landes-verwaltung einzugliedern. Dieser Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Dennoch hat die KPÖ mit ihrer Kritik ins Schwarze getroffen. Spitalslandesrat Hirt hat noch am selben Tag angekündigt, über eine neue Rechtsform der KAGes nachdenken zu wollen!



www.karl-berger.at

BESCHÄFTIGUNGSGARANTIE WAR FLOP

Statt Job ein Haufen Schulden

Mit viel medialem Wirbel wurde der „Fahrerpool Kapfenberg“ angekündigt. Eine tolle Sache, dachte Herr Preiner*, denn im Anschluss an die Ausbildung zum Berufskraftfahrer winkte der sichere Arbeitsplatz.

Als Herr Preiner im Juli des Vorjahres die „Woche“ (vormals Obersteirer) aufschlug, fiel ihm ein doppelseitiger Artikel ins Auge. Herr Preiner, gerade arbeitssuchend, hatte zwar schon eine Arbeit in Aussicht, aber was er hier las, klang verlockend: „Wer dieses Programm absolviert, hat eine Jobgarantie“, versprach Alfred Strassegger, bekannt als ehemaliger Aufsichtsratschef der Firma ZAT sowie ehemaliger Leiter des BFI Steiermark, der hier im Namen seines Beratungsbüros „UBB“ auftrat.

Kurz entschlossen bewarb sich Herr Preiner beim AMS für die dreimonatige Ausbildung, die vom AMS und dem Land Steiermark finanziert und über die Personaldienstleistungsfir-

ma „Mentor“ abgewickelt wurde. Unter anderem absolvierten die 13 TeilnehmerInnen am Ausbildungsprogramm Praktika in fünf verschiedenen Transportunternehmen.

Hiobsbotschaft

Dann, zwei Tage vor dem Ende der Ausbildung, die Hiobsbotschaft: „Herr Strassegger teilte uns mit, aus dem Fahrer-Sharing werde nun

„Wir wurden betrogen, und niemand hat die Verantwortung übernommen.“

doch nichts und übergab uns der Firma ZAT Personalleasing. Diese kündigte die AnwärterInnen schon nach wenigen

Tagen mit den fadenscheinigsten Begründungen“, erzählt Herr Preiner.

Auch Herr Hörgast* wurde Opfer dieser unseriösen Ausbildungsmaßnahme. „Von der Ausbildung hatte ich mir eine sichere Beschäftigung und eine finanzielle Besserstellung erhofft. Stattdessen stand ich kurz vor Weihnachten vor einem Berg von Schulden.“

Bis heute ist Herr Hörgast, der schließlich selbst Arbeit bei einem Mietwagenunternehmen gefunden hat, empört, wenn er an die Behandlung durch die Behörden denkt. „Wir wurden hier betrogen, und niemand hat die Verantwortung übernommen. Für uns gab es weder finanzielle Hilfe von AMS oder Sozialamt, noch ein Wort der Entschuldigung von Herrn Strassegger.“

Die Spätfolgen der Aktion spürt Herr Hörgast bis jetzt: Derzeit stottert er seinen Mietrückstand ab.

*Namen v. d. Redaktion geändert



Obwohl medial (hier Ausschnitte aus der Woche vom Juli 2007) groß angekündigt, wurde nichts aus der Jobgarantie. „Wir haben den Beteuerungen von Herrn Strassegger geglaubt“, bedauert Herr Hörgast.

LEIHARBEIT

ÖGB und AK fördern Zeitarbeit

Arbeiterkammer und Gewerkschaft betrieben jahrelang trotz massiver Bedenken linker Gewerkschafter eine Leiharbeitsfirma.

ZAT oder „Zentrum für Arbeit und Technologie“ heißt das Unternehmen von AK und ÖGB, das Arbeitskräfte auf Zeit anbietet. Beim ZAT Beschäftigte werden je nach Bedarf verliehen; an Firmen wie Sappi, AT&S oder Epcos. Gegründet hat das Unternehmen der damalige SPÖ-Finanzlandesrat Hans Joachim Ressel 1995 mit der Idee, Arbeitslosen über die Zeitarbeit einen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Ende der Dauerjobs

Geworden ist daraus – im Zusammenspiel mit anderen Leiharbeitsfirmen – der Niedergang der Dauerjobs und das Aufkommen der unternehmerfreundlichen Arbeit auf Zeit. Leiharbeiter „hackeln“ meist unter schlechteren Bedingungen als ans Unternehmen gebundene, ihr Kollektivvertrag kann anderen bei weitem nicht das Wasser reichen. 2007 waren in Österreich 67.000 Leiharbeiter beschäftigt; Tendenz stark steigend. Nun wollen sich AK und ÖGB von ZAT trennen – und durch den Verkauf bis zu zehn Millionen Euro verdienen.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

WOHNBEIHILFE

Wie man sie bekommt

Für welche Wohnungen wird Wohnbeihilfe gewährt?

- für geförderte und nicht geförderte Mietwohnungen bzw. gemietete Häuser.

Wer kann um Wohnbeihilfe ansuchen?

Österreicher/innen, EU-Bürger/innen, die in Österreich arbeiten, Mieter/innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die seit mindestens drei Jahren in Österreich mit Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnis leben.

Grundvoraussetzungen

- die Wohnung ist Hauptwohnsitz
- Einkommensgrenzen

Wie erfolgt das Ansuchen?

Das Ansuchen auf Wohnbeihilfe liegt entweder bei den Gemeinden auf, wenn nicht, kann es unter der Telefonnummer 0316/ 877 /3713 angefordert oder im Internet unter www.soziales.steiermark.at abgerufen werden.

Erforderliche Unterlagen

- Einkommensnachweise aller im Haushalt lebenden Personen
- Meldezettel aller im Haushalt lebenden Personen
- Staatsbürgerschaftsnachweis
- Wohnungsaufwandsbestätigung der jeweiligen Hausverwaltung bzw. des Vermieters
- vergebürhter Hauptmietvertrag
Das vollständig ausgefüllte Ansuchen mit den Beilagen ist an das Wohnbeihilfenreferat der Fachabteilung 11A, Dietrichsteinplatz 15, 8011 Graz zu senden.

Bewilligungszeitraum

- höchstens 1 Jahr
- danach Ansuchen auf Weitergewährung (wird bei aufrechter Wohnbeihilfe automatisch vor Ablauf der Wohnbeihilfe von der Wohnbeihilfenstelle übermittelt)

Nähere Infos, Wohnbeihilfenrechner und Formulare im Internet unter www.soziales.steiermark.at

DSA Karin Gruber
Herrengasse 16, 8010 Graz
Tel. (0316) 877 5101

SCHIKANEN FÜR SOZIAL SCHWACHE

„Gehen Sie halt schwarz bügeln!“

Sie sind auf Gedeih und Verderb dem Sozialamt ausgeliefert: Sozialhilfe-Anwärter werden häufig schikaniert, manche warten bis zu sechs Monate auf eine Entscheidung. Verspricht die „Mindestsicherung“ eine Besserung?

Rund 425.000 Österreicherinnen und Österreicher sind akut arm. Von jenen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, kommen allerdings nur etwa 40 Prozent in deren Genuss.

Scham und Schikane

Die Gründe sind zahlreich. So scheuen viele den Weg zum Sozialamt, weil sie sich für ihre Situation schämen. Andere wiederum werden von den Behörden gezielt falsch informiert oder abgewimmelt.

Karin Gruber hat in den Sozialsprechstunden der KPÖ immer wieder mit derartigen Problemfällen zu tun. „Zu unseren Sozialberatungen kommen immer wieder Menschen, die ihren Anspruch auf Sozialhilfe nicht durchsetzen können“, erzählt sie. Für mehrere Klienten hat die KPÖ Berufung

eingelegt. Dabei konnte den Antragstellern in allen bisher entschiedenen Fällen zu ihrem Recht verholfen werden.

„Sie sind zu jung!“

Doch nicht immer kommt es überhaupt zu einem Bescheid. „Sie sind zu jung. Sozialhilfe steht ihnen nicht zu“, „Gehen Sie halt schwarz bügeln! Dann haben Sie auch Geld“, so oder ähnlich lauten die niederschmetternden Kommentare, mit denen Menschen mit Anspruch auf Sozialhilfe abgewimmelt werden.

Rasche Hilfe ist nötig

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, will sich mit den Mißständen nicht abfinden: „Die Armen, die heute im Dunkeln sitzen, weil sie die Stromrechnung nicht bezahlen konnten, können

nicht auf die Mindestsicherung im nächsten Jahr warten. Sie brauchen rasche Hilfe.“

Doch die für Juli 2009 bundesweit geplante Mindestsicherung lässt Schlimmes befürchten: Das AMS soll bei der Antragstellung zusätzlich die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit überprüfen. Erst wer diese „Prüfung“ besteht, kann die Mindestsicherung – wie bisher die Sozialhilfe – beim Sozialamt beantragen.

Mindestsicherung

Die Bundesregierung versucht die „neue Mindestsicherung“ als Erfolg zu verkaufen. Dabei ist zu befürchten, dass es sich um die Österreich-Version der gefürchteten deutschen „Hartz IV“ Gesetze handelt. Die Armutskonferenz in einer Stellungnahme: „Die neue Mindestsicherung ist im Wesentlichen die alte Sozialhilfe. [...] Es wird weiter neun verschiedene Standards geben.“ Das Dokument kann unter <http://www.kpoe-steiermark.at/12.3370.0.0.1.0.phtml> nachgelesen werden



Arge Missstände bei der Sozialhilfe: Hilfesuchende werden abgewimmelt. (Foto: FLICKR)

Wer kein Eigenkapital hat, hüte sich vor der Mietkauffalle. Weder Wohnbauträger noch Banken sind selbstlose Geschenkgeber. Früher oder später wird die Rechnung präsentiert.



LESERinnenSERVICE: BILDUNGSKARENZ

Eine gute Ausbildung verringert nicht nur das Risiko, arbeitslos zu werden, es erhöht auch die Chancen auf ein besseres Einkommen, und zwar pro Ausbildungsjahr um durchschnittlich 7,4 %, wie jüngste Daten der Statistik Austria belegen. Für jene, die bereits im Berufsleben stehen, ist die Bildungskarenz ein gangbarer Weg.

Seit 1.1.2008 gelten dafür **neue Regelungen.**

Voraussetzungen:

- ein mindestens einjähriges Dienstverhältnis, bei Saisonbeschäftigten insgesamt ein Jahr innerhalb der letzten vier Jahre
- Einverständnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber
- Teilnahme an einer oder mehreren Bildungsmaßnahmen im Ausmaß von mindestens 20 Wochenstunden

Dauer: Drei Monate bis maximal ein Jahr, kann auch in Blöcken auf max. vier Jahre aufgeteilt werden.

Vorteile:

- Kranken- und Unfallversicherungsschutz
- Karenzzeit wird als Ersatzzeit für die Pension angerechnet
- Ansprüche aus Arbeitslosenversicherung werden nicht verbraucht

Höhe der Leistung:

- Weiterbildungsgeld in der Höhe des Arbeitslosengeldes, mindestens jedoch 14,53 Euro pro Tag

Antragstellung:

bei der jeweils zuständigen Geschäftsstelle des AMS (Wohnbezirk)

Achtung:

Es besteht kein Kündigungsschutz. Bei Kündigung durch den Arbeitgeber läuft die Karenz bis zum Ende des vereinbarten Moduls weiter.

VORSICHT BEI MIETKAUFWOHNUNGEN ! „Das hat uns keiner gesagt!“

Verheißungsvoll klingt der Begriff „Mietkauf“. Was viele nicht wissen: Die Miete reduziert den Kaufpreis nicht. Wer nach zehn Jahren auszieht, anstatt zu kaufen, bekommt nur die Anzahlung zurück – mit Abschlägen statt Guthabenzinsen.

Familie Petz aus Graz bewohnt seit kurzem eine Mietkaufwohnung. Die Anzahlung von 33.000,- Euro haben sie kreditfinanziert. Außerdem wurden teure Böden verlegt und die Traumküche erworben. Schließlich plant man, die Wohnung eines Tages günstig zu erwerben und für immer darin zu wohnen.

„Und inzwischen“, freut sich Herr Petz, „zahle ich ja mit der Miete schon einen Teil des Kaufpreises ab.“ Doch damit irrt er sich. In Wirklichkeit führen Makler, Bauträger und Genossenschaften ihre Kundschaft, vor allem junge Familien, oft bewusst mit Slogans wie „günstige Ratenzahlung“ in die Irre. Kaufpreismindernd wirkt sich aber lediglich die Anzahlung aus, die Miete selbst nicht.

Höherer Kaufpreis

Was die wenigsten wissen: Der Kaufpreis setzt sich aus dem Substanz- und dem Verkehrswert zusammen, d.h., er orientiert sich am freien Markt und kann daher nach zehn Jahren höher sein als zum Zeitpunkt der Errichtung.

Während der Mietdauer werden Erhaltungs- und Verbesserungskosten am Objekt aus einem Instandhaltungsfonds gedeckt, in den die Mieter einzahlen. Kauft der Mieter/die Mieterin die Wohnung, ist diese Wertsteigerung durch einen erhöhten Kaufpreis ein zweites Mal „fällig“.

Die Zeitbombe tickt

Bestehende Darlehen sind zu übernehmen. Doch Achtung: Die am Beginn durch

die Annuitätenzuschüsse zu meist günstige Miete baut auf den Kreditrückzahlungen auf. Laufen die Förderungen aus, verteuert sich die monatliche Rate empfindlich (in einem uns bekannten Fall auf das dreifache der Miete zum Kaufzeitpunkt)!

Beim Kauf ist zwar keine Umsatzsteuer zu bezahlen, allerdings entfällt mit Eigentumsbegründung auch der Anspruch auf Wohnbeihilfe.

Wer nicht kauft, bekommt die Anzahlung zurück, reduziert um einem Abschlag von 1% pro Jahr.

Wer profitiert?

Für die Bauträger bieten Mietkaufobjekte den Vorteil, dass sie ihre Wohnungen schneller auf den Markt bringen. Das Risiko, dann nicht zahlen zu können, überlässt man den Käufern, die sich mit der Mietkaufwohnung oft einen Schuldenberg fürs Leben anlachen...

KOMMENTAR

Arbeiterkammerrat des GLB: Peter Scherz



Gewinne schützen nicht

Schon bald soll also das Aufzugswerk von Thyssen-Krupp in Gratkorn gesperrt werden. Dabei hatte man zuletzt Angst, man könnte die Aufträge gar nicht abarbeiten, so voll waren die Auftragsbücher.

Immer hat man uns gesagt, Gewinne seien nötig, um Arbeitsplätze zu sichern. Wie es aber scheint, ist in Zeiten der Globalisierung selbst diese Binsenweisheit nicht mehr wahr. Natürlich, im weiteren Sinne stimmt es schon: Es werden Arbeitsplätze geschaffen, aber eben woanders. Gab es den internationalen Warenaustausch schon früher, so ist es eine Besonderheit der globalisierten Welt von heute, dass selbst komplette Fabrikstransaktionen auf internationaler Ebene stattfinden.

Die Herren, die uns die Welt ganz anders erklären wollen, machen es uns damit leicht, eines zu erkennen: Standortinteressen dienen im Grunde nur einigen wenigen. So, wie es der Belegschaft von Thyssen-Krupp heute geht, kann es schon morgen uns gehen und übermorgen wieder anderen. Wir Arbeitende sitzen alle in einem Boot.

Globalisierung muss also für uns bedeuten, auch Gefühle für jene zu haben, die nicht das Glück hatten, dass Butter auf dem Brot war, als sie zur Welt gekommen sind. Nur dann werden wir denen, die uns gegeneinander ausspielen wollen, die Suppe versalzen.

meint *Ihr Peter Scherz*

BÖRSENHANDEL MACHT DAS LEBEN TEURER
Verhungern durch Aktienspekulation

Preise für Lebensmittel und Rohstoffe gehen weiter in die Höhe. Schuld daran ist die Spekulation an den Börsen. Wer dort investiert, verdient daran, dass sich viele das Leben nicht mehr leisten können.

Weizen, Reis, Mais – der Getreidepreis steigt ebenso rasch wie Sprit oder Heizung. Zahlen müssen wir es doppelt: Einmal, weil eben die Grundstoffe für Nudeln und Brot teurer geworden sind. Und einmal, weil die Transportkosten so steigen, dass es beim täglichen Einkauf im Geldtascherl raschelt. Dahinter steckt aber mehr als nur die Herstellung von Biotreibstoffen aus Getreide. Die Hauptursache für die steigenden Preise im Supermarkt und an der Tankstelle ist die Spekulation an den Börsen.

Laut der Welternährungsorganisation FAO sind die Lebensmittelpreise weltweit in den letzten zehn Monaten

um 45 % gestiegen. Allein der Reis legte um 75 % zu, Weizen kostet sogar doppelt so viel wie im März 2007. Die Preistreiberei läuft über den freien Markt und den Börsenhandel ab. Da gibt es zum Beispiel „Futures“: Börsenhändler kaufen den Getreidbauern die Ernte ab, bevor sie überhaupt eingebracht ist. Denn wird sie eine Zeit lang zurückgehalten, die frei verfügbare Menge sinkt, der Preis steigt. Eine andere Möglichkeit sind Optionen, mit deren Hilfe die Rohstoffpreise in die Höhe getrieben werden.

Wer genug Geld hat, kann damit sogar verdienen, dass andernorts Menschen verhungern müssen. So empfahl die heimische Zeitschrift „Ge-

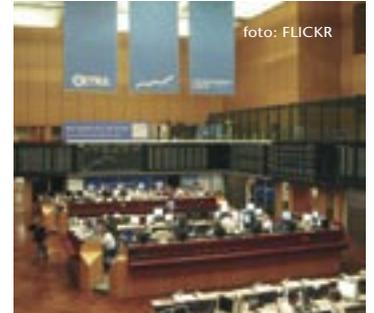


foto: FLICKR

An der Börse: Spekulation mit Lebensmitteln und Rohstoffen macht das Leben teurer.

winn“, an der Börse in Lebensmittel und Rohstoffe zu investieren. Dann zahlt man zwar auch die fast täglich steigenden Preise, streift aber gleichzeitig über den Börsenhandel noch mehr Geld für die steigenden Rohstoffpreise ein.

Wer sich derlei „Börsenspiele“ nicht leisten kann, zahlt im Supermarkt schon fast ein Drittel mehr für die gleichen Waren als im Frühjahr 2007.



Foto: Ernst Zerche

Afrikahausteam gegen Weltkirche – Auswahl, hießen die Spielteams beim missio haus Fest in Graz. Beide Mannschaften spielten nicht nur beherzt, sondern auch mit sichtlicher Freude und großartigem Engagement. Das Afrikateam konnte dabei seine sportliche Überlegenheit zum Ausdruck bringen und siegte 12:6.

Bundesheer im Tschad: Kolonialkrieg mit Entwicklungshilfegeld

Österreichische Soldaten wurden in den afrikanischen Staat Tschad geschickt, um dort „europäische Interessen“ durchzusetzen. Die Kosten für die neutralitätswidrige Tschad-Mission des Bundesheeres in Höhe von zunächst 25 Mio. Euro werden aber dem Entwicklungshilfebudget entnommen. Es ist skandalös, dass Gelder, die zur weltweiten Armutsbekämpfung gedacht sind, zweckentfremdet werden. Dazu kommt, dass es in der EU üblich ist, die wahre Höhe der Militärbudgets zu verschleiern und sich bei der Entwicklungshilfe zu bedienen.



Obwohl das Thyssen-Werk in Gratkorn erst unlängst den größten Auftrag der Werks-geschichte an Land ziehen konnte, wird es zugesperrt. Ersatzjobs in Russland oder in der Ukraine würden Familien zerstören.

TROTZ GEWINNEN SOLL AUFZUGSWERK GESCHLOSSEN WERDEN

„Wut ist groß in Gratkorn“

Das Gratkorn Aufzugswerk schreibt Gewinne. Trotz neuer Großaufträge ist Schluss, Beschäftigten werden Jobs in der Ukraine oder in Russland angeboten.

Traurig hängen die Fahnen vor dem Aufzugswerk in Gratkorn herunter, während die Belegschaft das Gelände räumt. Nächstes Jahr verlässt der letzte Aufzug die blauen Hallen. Thyssen-Krupp schließt den Standort, 300 Menschen verlieren ihre Arbeit und ihr Einkommen.

„Schade, die Aufzüge aus Gratkorn sind top im Vergleich zu dem Krepel, der teilweise aus dem Stammwerk in Neuhausen kommt.“ – In Gratkorn versteht keiner, warum das Thyssen-Krupp-Aufzugswerk geschlossen wird. Der Konzern ließ wissen, die Gratkorn Produkte seien we-

gen des „zunehmenden Wettbewerbsdrucks und anderer Marktbedingungen“ weniger nachgefragt. Tatsächlich steckt wohl eher der Transfer der Arbeit in ein Billiglohnland dahinter. „Damit Aktionäre und Gesellschafter ein paar Cent mehr rausquetschen können, verlieren 300 Menschen ihre Arbeit. Pfuischande!“, so ein erboster Kommentar.

Entrüstung

Gratkorn ist entrüstet. „Für uns bricht eine Welt zusammen, weil wir damit nicht gerechnet haben“, hört man vor dem Werkstor, „sie haben uns gesagt, wir hätten irgendwelche Entwicklungen verschlafen.“ Dabei habe man erst vor kurzem die Effizienz gesteigert. Seltsam auch, dass weder der Standortleitung noch dem Betriebsrat aufgefallen sei, dass das Werk technisch veraltet ist, wie der Konzern kritisierte.

Gratkorn verliert mit Thys-

sen-Krupp den drittgrößten Betrieb der Gemeinde. Bis zu 1000 Aufzüge samt Steuerungen haben das Werk pro Jahr seit der Eröffnung 1994 verlassen; im Herbst 2009 ist Schluss. Zu den 300 verlorenen Arbeitsplätzen kommen gut 150 Zulieferer.

Ersatzjob in Russland?

Der Konzern ließ wissen, dass man die Beschäftigten an anderen Standorten unterbringen wolle. „Aber wer will schon in die Ukraine gehen, der hier seine Existenz aufgebaut, seine Familie hat“, so ein nüchterner Sager. Oder nach Spanien, Dänemark, Russland. Dort habe man den Menschen Jobs angeboten, im nahen Deutschland hingegen kaum.

In Gratkorn gibt es keinen echten Widerstand gegen die Schließung. „Die Wut ist groß, weil wir von unserer Arbeit überzeugt sind“, hört man. Aber an Streik wird nicht

gedacht. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz St. Parteder: „Im Gegensatz zu Italien oder Deutschland in ähnlichen Fällen leisten weder das Land Steiermark noch Arbeiter und Gewerkschaft nennenswerten Widerstand“.

Laut eigenen Angaben schrieb das Werk 2007 einen Gewinn von 800.000 Euro. 2004 feierte man das zehnjährige Bestehen und einen Jahresumsatz von 80 Millionen Euro. Anfang des Jahres bekam das Werk den größten Auftrag seit der Eröffnung: Bis Ende 2010 – da ist das Werk längst zugesperrt – sollen in sechs Wiener U-Bahn-Stationen 21 Hochleistungs-Glasaufzüge aus dem Aufzugswerk Gratkorn eingebaut werden...

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

MEHR ALS 70 PROZENT SIND DAGEGEN

Wer will eigentlich die Ennstal-Trasse?

Keiner! Zumindest nicht die Liezener, auch die Wörschacher nicht. Insgesamt lehnen laut Befragung mehr als 70 Prozent eine vierspurige Schnellstraße durch das Tal ab.
(VON REINHARD CZAR)

Wenn über den Bergen die Sonne aufgeht, wälzen sich unten durchs Ennstal die Schifahrerkolonnen. Die Frage ist, ob gelegentliches Spitzenverkehrsaufkommen wie an den wenigen Wintertagen den vierspurigen Ausbau der Ennstalbundesstraße lohnt und was freie Fahrt ab Liezen hilft, wenn in Trautenfels ohnehin Endstation ist.

Der geplante Ausbau der Straße durch das Ennstal von Liezen Richtung Salzburg schlägt (wieder einmal) Wellen. Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder wünscht sich bekanntlich eine Lösung für das Dauerthema. Das Wie stößt freilich auf wenig Gegenliebe im Bezirk Liezen.

92 % für Verkehrsberuhigung

Eine Mehrheit nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in den Bürgermeisterparteien einiger betroffenen Gemeinden hätte lieber den Ausbau der bestehenden Straße statt einer neuen Trassenführung.

Das geht auch aus einer Umfrage hervor, die von der Plattform Zukunft Ennstal jüngst veröffentlicht wurde. In 26 Gemeinden wurde befragt; 71 Prozent lehnen laut vorläufigem Ergebnis den Neubau einer vierspurigen Schnellstraße oder Autobahn dezidiert ab. Dafür gibt es große Mehrheiten für alternative Lösungen, wie ein Verbot des Lkw-Transits (88 Prozent), den Ausbau der bestehenden Straße (75 Prozent) sowie der Bahn (87

Prozent dafür; 91 Prozent für häufigere Zugverbindungen und 92 Prozent für bessere Zubringerdienste zur Bahn). Und in den Ortschaften wünschen sich 92 Prozent Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

Eine unendliche Geschichte

Das Ennstal und der Autoverkehr bahren und bergen jede Menge Sprengstoff. Der Autor dieser Zeilen kann sich noch gut an das blanke Entsetzen erinnern, als vor mittlerweile Jahrzehnten die Trasse der Pyhrnautobahn plötzlich das Tal durchschnitt, um als weithin sichtbares „Denkmal“ in der Nähe von Ardning im Bosrucktunnel nach Oberösterreich zu verschwinden. Und die Diskussionen über die ennsnahe Trasse füllen inzwischen Bücher.

Fest steht, dass man als Wintersportler, aus Graz kommend unterwegs zur Vier-Berge-Schischaukel, an Samstagen spätestens um 8.00 Uhr Liezen passieren sollte. Sonst heißt es im Stau warten: nach der Autobahnabfahrt am Kreisverkehr vor Liezen, bei der

Ampel in Trautenfels und so weiter und so fort. Fest steht aber auch, dass dieses „Schauspiel“ nur an wenigen Tagen im Jänner, Februar und März stattfindet. Der behutsame Ausbau der bestehenden Straße mit begleitenden Maßnahmen zur Verlagerung des Schwerverkehrs weg von der Straße scheint in diesem Licht durchaus sinnvoll. Auch Barbara Stangl, Sprecherin der inzwischen legendären Bürgerinitiative NETT (Nein zur Ennstal-Transittrasse), fordert unter anderem vehement die Überprüfung der bestehenden zweispurigen Streckenführung als Alternative zur von der Verkehrslandesrätin bevorzugten vierstreifigen so genannten Mittelvariante zwischen Liezen und Trautenfels.

Ungewöhnliche Übereinstimmungen

Nicht nur die steirische KPÖ spricht sich für einen bestandsnahen Ausbau der Ennstalbundesstraße aus und weiß sich einer Meinung mit NETT. KPÖ-Chef Franz Stephan Parteder: „Wir sind gegen die Transittrasse, die der

Bevölkerung nur ein mehr an Verkehrsbelastungen bringt. Ortsumfahrungen müssen hingegen dringend realisiert werden.“

Auch in anderen Parteien kommt es auf lokaler Ebene zu wenig Begeisterung über den neu entflammten Trassenstreit. In Liezen führe die geplante Trasse zu nahe am Wohngebiet vorbei, ebenso in Wörschach – in einem Fall eine SPÖ-regierte, im anderen Fall eine ÖVP-regierte Gemeinde. Von möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen ganz zu schweigen, wenn die Wagenkolonne künftig auf einer vierspurigen Mautstraße an bisherigen regionalen Wirtschaftszentren vorbeiziehen würde.

Bleibe also ein behutsamer Ausbau der bestehenden Straße nicht nur als konsensfähiger Kompromiss, sondern auch als Alternative, die schnell und kostengünstig in die Tat umzusetzen wäre. Denn die eingangs gestellte Frage, wer eigentlich den Bau einer neuen Ennstaltrasse wünscht, kann wohl nur so beantwortet werden: die Landesregierung, nicht aber die Betroffenen vor Ort.

Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten. Mehrspurige Autostraßen bringen mehr Lärm und Abgase. Ein mehrspuriger Ausbau der B 317 könnte sogar die regionale Wirtschaft und Infrastruktur ausdünnen und mehr Menschen zum Pendeln zwingen.



Transithölle Steiermark?

Die B317 zwischen Judenburg und der Kärntner Grenze soll durchgehend mehrspurig ausgebaut werden. Die Bewohner wehren sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität.

Gegen den Ausbau der B 317 zu einer mehrspurigen Autobahn gibt es Widerstand. Hunderte von besorgten BürgerInnen nahmen in Neumarkt an einer Informationsveranstaltung teil. Der Verkehrsexperte Hermann Knoflacher warnte eindringlich: Durch den Ausbau zur Autobahn wird diese Strecke für den Transitverkehr erst richtig attraktiv. „Autobahn ist Mord an der Region. Klingt furchtbar, ist aber so“, warnt der Verkehrsexperte.

Tatsächlich droht eine Verkehrshölle, die die engen Täler mit Lärm und Abgasen füllt. Fritz Gurgiser vom Transit-Forum Tirol schilderte, wie sehr die Tiroler Bevölkerung unter dem Transitverkehr leidet. „Wird diese Straße gebaut, wird Ihre Region zur Transitregion. Sie kriegen nur Lärm und Abgase!“, fand Knoflacher klare Worte bei der Bürgerversammlung in Neumarkt.

Keine Lebensqualität

Renate Pacher befürchtet entlang der B317 eine Ver-

schlechterung der Lebensqualität. „In unserer kapitalistischen Privatwirtschaft werden immer mehr Produktionsstätten ins Ausland verlagert. Die regionale Wirtschaft und Infrastruktur werden ausgedünnt, Postämter, Nahversorger oder Schulen geschlossen. Die Menschen werden zu Pendlern, die der Arbeit nachfahren. Aus Profitgründen betreiben Firmen keine Lagerhaltung, LKWs sind das rollende Lager. Der Verkehr nimmt zu, die Lebensqualität sinkt“, sagt die KPÖ-Landtagsabgeordnete. Ausländische Waren überschwemmen

unsere Märkte, auch weil der Transport so billig ist.

Schiene statt Straße

Der öffentliche Verkehr ist teuer und schlechter ausgebaut als etwa in der Schweiz, wo die Straßen zu Gunsten der Schiene Nachrang haben. Eine eigenständige Verkehrspolitik ist Österreich durch die EU verwehrt.

Wenn viele AnrainerInnen durch den Ausbau der B 317 eine enorme Verschlechterung ihrer Lebensqualität befürchten, dann sind diese Sorgen berechtigt, so Renate

Pacher. Für Orte mit starkem Durchzugsverkehr, wie z.B. Unzmarkt, Scheifling oder Neumarkt, muss es Lösungen im Sinne der dort lebenden Bevölkerung gefunden werden. „Der Ausbau zur mehrspurigen Autobahn schadet der Bevölkerung und nützt ausschließlich der schrankenlosen Profitwirtschaft“, so das Resümee von Renate Pacher.

Mehr als 700 Teilnehmer bei der Informationsveranstaltung in Neumarkt sehen ihre Zukunft gefährdet und haben sich gegen den Ausbau ausgesprochen.

MÜLLABFUHR BALD TEURER?

Streit um Müllberg

Die Müllabfuhr wird teurer, wenn sich Private den Gewerbemüll unter den Nagel reißen und öffentliche Entsorger auf den Haushalten sitzen bleiben.

Was den Meisten gewaltig stinkt, ist für die privaten Müllentsorger ein gefundenes Fressen – der Restmüll. Dessen Entsorgung wird derzeit von den Gemeinden kontrolliert – noch. Denn die Wirtschaftskammer hat bei der EU Klage eingereicht: Industrie, Gewerbe, Handel wollen ihren Müll auf eigene Faust billig entsorgen lassen.

Sollte die Klage durchgehen, bleibt den öffentlichen Entsorgern nur noch der Restmüll der Haushalte

und das Säubern öffentlicher Parks oder Plätze. Man könne dann nur noch die wertlosen Müllreste entsorgen, während sich die privaten Entsorger die wertvollen Kreisläufe sichern, meint dazu Gerhard Egger, der Leiter der Grazer Wirtschaftsbetriebe. Die Haushalte müssten für das Abholen des Restmülls tiefer in die Tasche greifen, wenn sich die Privaten den Gewerbemüll sichern. Denn die Einnahmen aus dem Gewerbe fallen weg, der große Aufwand zum Betreuen



„Wege aus der Abfallmisere“ heißt eine Broschüre der KPÖ, die sich eingehend mit der Müll-Thematik beschäftigt. Sie kann kostenlos via Mail (bildungsverein@kpoe-steiermark.at) oder telefonisch: 0316 / 877 - 5102 bestellt werden.

der Haushalte hingegen bleibt gleich.

Der Versuch der KPÖ, die Menschen vor eines weiteren Privatisierung der Müllentsorgung damit vor höheren Tarifen zu schützen, ist im Landtag an der ÖVP gescheitert.

WIEDERAUFBAU

Landesrat Buchmann auf Anfrage der KPÖ:

Laut Punkt II des Unterpachtvertrages ist die Unterpächterin (Red Bull) berechtigt, bestehende Gebäude und Anlagen baulich zu verändern und abzureißen sowie neue Gebäude und Anlagen auf den Bestandflächen zu errichten, sofern es durch diese Gesamtbaumaßnahmen zu einer Werterhöhung kommt. Bei Beendigung des Bestandverhältnisses ist die Unterpächterin nicht zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands des Bestandgegenstands verpflichtet. Das heißt, dass Red Bull nicht zur „Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes“ (also zum identischen Wiederaufbau des Ringes) verpflichtet ist, wohl aber die Gesamtbaumaßnahmen den Wert der Anlage erhöhen müssen. Unterbleiben diese werterhöhenden Baumaßnahmen, ist Red Bull zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet.

DIE STEUERMILLIONEN

Folgende Summen hat das Land seit 1997 für den A1-Ring ausgegeben:

Von 1997 bis 2003: **10,013 Mio. Euro** an Gesellschafterzuschüssen.

16,5 Mio. Euro für die Ablöse des ÖAMTC und die Übertragung des Rings an Red Bull.

4,5 Mio. Euro für das Projekt „Spielberg Neu“.

1,3 Mio. Euro an 33 Betrieben der Region Spielberg, die auf Grund des Abrisses des Rings in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.

Summe: 32,313 Mio. Euro.

Mit den Millionen, die das Land bisher ohne sichtbares Ergebnis ausgegeben hat, hätte in der Region ein Landesbetrieb mit hunderten Arbeitsplätzen geschaffen werden können.



KPÖ-LAbg. Renate Pacher: „In Herberstein hat die Region nach all den Skandalen wenigstens einen Tierpark. In Spielberg wurde aus einer modernen Rennstrecke ein Schutthaufen.“

Projekt Spielberg: Red Bull ist jetzt am Zug

Projekt Spielberg: Lieber in die Tasche der SteuerzahlerInnen greifen, als einen Konzern in die Pflicht nehmen.

Die KPÖ wollte im Landtag von Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann wissen, warum die 4,5 Mio. Euro für das Projekt „Spielberg Neu“ aus Steuermitteln gekommen sind, wo doch Red Bull zum Schadenersatz verpflichtet ist (siehe Infokasten).

Zur Vorgeschichte:

Allein mit 16,5 Millionen Euro wurde der VP-nahe ÖAMTC aus dem Ring hinausgekauft, damit Red Bull am A1 Ring nach Belieben schalten und walten kann. Der Getränkekonzern hat den Ring, eine moderne Rennstrecke, zu einem Zeitpunkt abreißen lassen, an dem bereits klar war, dass es Einsprüche gegen das

Projekt Spielberg geben wird. Das von Red Bull eingereichte Projekt wurde vom Umweltsektor als nicht genehmigungsfähig zurückgewiesen.

Mit dem Abbruch des Rings ist Red Bull aber eine Verpflichtung zur Wertsteigerung der Motorsport-Anlage eingegangen. Das wäre eigentlich eine gute Nachricht für die Region und für die Politik. Landesrat Buchmann bestätigte diesen Sachverhalt. Aber auf Schadenersatz zu bestehen hätte laut Buchmann einen Prozess bedeutet, der sowohl der Region, als auch dem Projekt geschadet hätte.

Im Klartext: Das Land und damit die ganze Region haben Anspruch auf Schadenersatz, aber das Land will sich nicht mit einem Großkonzern anlegen. Lieber werden altbekannte Wege beschritten: der Griff in die Taschen der Steuerzahle-

rInnen und das Hoffen auf das Wohlwollen von Investoren. Egal wie oft dabei (vom Land) schon draufgezahlt wurde, etwa bei Herberstein oder Rogner-Therme. Das sind sich SPÖ und ÖVP einig.

Verantwortung ausgelagert

So wurde die Projektgesellschaft „Spielberg Neu“ ins Leben gerufen und mit 4,5 Mio. Euro an Steuermitteln finanziert. Mit der Gründung dieser Gesellschaft, an der das Land nicht beteiligt ist, wurde die Verhandlungsführung und auch die Verantwortung für das Projekt ausgelagert.

Die KPÖ ist für ein Projekt Spielberg. Aber es kann nicht sein, dass immer nur in die Taschen der SteuerzahlerInnen gegriffen wird. Red Bull hat eine Verpflichtung und ist nun am Zug.

TIPPS ZUM FAHRRADKAUF

Gutes Rad um wenig Geld

Gutes Rad muss nicht teuer sein. Tipps für ein haltbares Rad zum guten Preis.

Autofahren macht keinen Spaß mehr. Die Abgase fördern den Klimawandel, die Spritpreise sind ein Horror und steigen weiter. Die gesunde Alternative ist das Fahrrad. Bis fünf Kilometer Entfernung ist der Drahtesel nicht zu schlagen. Wir geben Tipps, worauf Sie beim Kauf achten müssen, um lange Freude am Fahrrad zu haben.

Bei einem Alltagsrad geht es um Komfort. Eine einstellbare Federgabel ermöglicht das Anpassen ans Körpergewicht, eine gefederte Sattelstütze schon das Kreuz (sie sollte über eine Art Führung verfügen, sonst verdreht sich der Sattel ständig). Der Rahmen Ihres Alltagsrades sollte stabil und gleichzeitig nicht zu schwer sein; 13 Kilo für ein Komplettad sind die Obergrenze. Achten Sie auf saubere Schweißnähte und eine gleichmäßige Lackierung.

Auf Details achten

Bei den Komponenten sollten Sie auf Qualität setzen. Die kauft man bei den Namen Deore, LX, Hone oder XT. Achten Sie darauf, dass Ihr Rad nicht mit einer XT-



Radfahren als flotte Alternative zum Auto

Gruppe angepriesen wird und dann nur über einen XT-Werfer verfügt, während andere Teile – wie das empfindliche Tretlager – minderwertig sind. Am wartungsärmsten und für den Alltag voll ausreichend sind Innengang-Schaltungen wie die 7-gängige Nexus. Bei den Bremsen sind die bewährten V-Brakes mit Seilzug voll ausreichend und zudem selbst leicht zu warten, was für hydraulische Systeme oder Scheibenbremsen nicht gilt.

In Sachen Licht führt heute kein Weg mehr am Nabendynamo im Vorderrad vorbei. Er steht für ein helles Licht bei minimalem Tretwiderstand. Nicht zu verachten sind nachleuchtende Lampen – sie geben auch Licht ab, wenn man an einer Ampel halten muss.

Denken Sie an Kotbleche, einen stabilen Gepäckträger, der auch einem größeren Einkauf standhält und nicht zuletzt ein gutes Schloss. Seit heuer gibt es den Steirischen Radpass samt Radbuch 2008. Zu bestellen unter <http://www.radland.steiermark.at/>



NEUE ALTE RÄDER

Der Grazer Verein Rebikel möbelt die Radleichen in der Stadt wieder auf. Steht ein Fahrrad lange unbenutzt herum, wird es nicht auf den Müll gekippt, sondern kommt zu Hans Alexander Pauer vom Verein Rebikel. Der zum Fahrradfan bekehrte Architekt verleiht den alten Rädern einen neuen Glanz, versorgt sie wenn nötig mit neuen Komponenten und verkauft die aufgemöbelten Stücke mit historischem Charme weiter.

Kenner können das eine oder andere Schmankerl vom Puch- bis zum Hollandrad finden. Die Kosten: um 50 bis 200 Euro ist man dabei, Schmankerln wechseln um bis zu 300 Euro den Besitzer. Infos gibt es bei H. A. Pauer, Tel. 0676 / 50 19 070, Keplerstraße 55, Graz.

AUSGERECHNET...

Energiebonus

Die **OMV** hat wieder ein Rekordergebnis erzielt: Der Gewinn vor Steuern (Ebit) im ersten Quartal 2008 beträgt unvorstellbare **795 Mio. Euro**. Umgelegt auf Österreichs 3.537.000 Haushalte (Daten: Statistik Austria) würde das **75 Euro pro Haushalt und Monat** ergeben. Mit dem Geld, das die OMV in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres an Gewinn erzielt hat, könnten wir also alle locker unsere Stromrechnungen bezahlen.

Goldene Nase

Unter den deutschen Top-Managern verdient Porsche-Boss Wendelin Wiedeking mit **60 Millionen Jahressgage** am besten. Bei einem durch-

schnittlichen Monatsverdienst von 1.800 Euro könnten in Österreich für dieses Geld **2.381 Personen** ein Jahr lang beschäftigt werden.

Mahlzeit Biosprit

Ein/e durchschnittliche/r Autofahrer/in in Österreich legt pro Jahr rund 15.000 Kilometer mit dem PKW zurück und verbraucht dabei im Schnitt 1.050 Liter Sprit. (Quelle: VCÖ). Demnach ist ein **80-Liter-Tank** nach 1.142 Kilometern leer, was in etwa der Strecke **Graz-Bregenz und zurück** entspricht. Die gleiche Menge an Getreide, die für die Erzeugung von 80 Litern Ethanol (Biosprit) benötigt wird, könnte **einen Menschen ein Jahr** satt machen.

Sprechstunde Murtal

Sprechstunde mit Sozialberatung
mit KPÖ-Labg. Renate Pacher und Karin Gruber
Do. 5. Juni 2008

10.00 bis 12.00 Uhr,

KPÖ Parteiheim Knittelfeld, Friedensstraße 10, Knittelfeld

Voranmeldungen 03512 / 822 40 oder 0316 / 877 51 01



Abwarten und Tee trinken? Wann gibt es endlich Maßnahmen?
KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler informiert im Rahmen einer Flugblatt-Aktion über die Spielsucht-Problematik.



Verzögerungstaktik beim Glücksspiel

Glücksspielfirmen treten als edle Spender – etwa von Rettungsautos – auf, nachdem sie viele ihrer Kunden bis aufs letzte Hemd ausgezogen haben. So viel Großzügigkeit lähmt den Reformwillen so manches Landespolitikers.

Spielautomaten bergen nach Meinung anerkannter Experten des Anton Prosch Instituts das mit Abstand größte Suchtpotenzial. 70 Prozent aller Spielsüchtigen sind automatensüchtig.

Derzeit gibt es in der Steiermark 4.700 Glücksspielautomaten. Regulierende Maßnahmen zur Eindämmung des kleinen Glücksspiels wären dringend geboten. Aber unsere Landespolitiker haben es offenbar gar nicht eilig damit.

Fünf Tage, nachdem der Glücksspielkonzern NOVOMATIC dem SP-nahen Samariterbund im Beisein von Landeshauptmann Voves ein Rettungsauto um 78.000 Euro geschenkt hatte, sagte die SPÖ eine Sitzung des Glücksspiel-Unterausschusses plötzlich ab. Dort sollte neben anderen Maßnahmen über eine Erhöhung der Abgabe auf Geldspielautomaten beraten werden. Drei Terminvorschläge sind seither ergangen, schließlich entschied sich die SPÖ für den allerletzten Termin vor der Sommerpause.

„Mit 4.700 Glücksspielautomaten weist die Steiermark in Österreich die höchste Automatendichte auf!“

Ernest Kaltenegger, KPÖ

„Hier wird offensichtlich auf Zeit gespielt: Zeit, die der Glücksspielindustrie Millionen bringt, denn der Beschluss auf Erhöhung der Automatenabgabe auf Wiener Niveau (1.400 Euro pro Gerät statt 467,50 derzeit) könnte so frühestens im Herbst umgesetzt werden“, ärgert sich KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger.

Bis dahin wird sich die Glücksspielindustrie seit der von der KPÖ im Jänner 2007 erhobenen Forderung mehr als 90 (!) Millionen Euro an Abgaben erspart haben.

Dabei würde das Geld zur Bekämpfung der Spielsucht dringend benötigt. Derzeit wartet man auf einen Therapieplatz 3 bis 4 Monate. Kaltenegger erwartet sich von der Maßnahme zudem eine Halbierung der Zahl der Geldspielautomaten. Selbst dann würden die Abgaben dem Land noch weit über eine Million Euro monatlich an Mehreinnahmen bescheren. „Dagegen nimmt sich die Spende eines Einsatzfahrzeuges für den Samariterbund bescheiden aus!“, stellte er fest.



LEIBNITZ: WETTCAFES SCHIESSEN Las Vegas in

Im März eröffnete Café Admiral seine 31. Filiale in Leibnitz. Zahlreiche Ehrengäste, darunter der Bürgermeister, durften da nicht fehlen. Damit erweist er der Stadt keinen guten Dienst.

Es war die Eröffnung der 13. Spielhölle im Großraum Leibnitz, die hier medial so gefeiert wurde. Bürgermeister Helmut Leitenberger freute sich mit zahlreichen Ehrengästen, sogar Bürgermeister Köck aus der Partnergemeinde Gumpoldskirchen war angereist. Und weil kleine Geschenke die Freundschaft erhalten, stiftete die Geschäftsleitung von Admiral der Gemeinde auch gleich ein Abenteuer-Spielgerät für Kinder.

Lichter, Farbenspiel, Klänge

Die Spiellokale vor Ort locken mit vielversprechenden Namen, wie „El Dorado“ „Topplay“ „Café Maximal“ oder „Blue Tomato“. Durchschnittlich zehn Automaten stehen in jedem der Lokale.

MÄCHTIGE FEINDE

Wer die Geschäftemacherei mit dem Glücksspiel bekämpft, macht sich mächtige Feinde. Kein Wunder, für die Betreiber ist das Glücksspiel wie eine Lizenz zum Gelddrucken. Sie haben kräftigen politischen Rückhalt: Ex-Politiker wie Androsch, Schlögl (SPÖ) und Burgstaller (ÖVP) zählen ebenso dazu wie ÖVP-Minister Hahn (früher beim Spielautomaten-Hersteller Novomatic) oder BZÖ-Mann Westenthaler, der sich für mehr Freiheiten beim Glücksspiel stark macht.

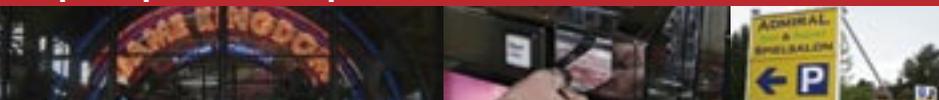
Einmal gefangen im Wechselspiel aus Licht, Farben, Klängen und der sich mit irrwitziger Geschwindigkeit wiederholenden Verheißung des ach so nahen Geldregens, verliert man leicht in kürzester Zeit riesige Geldsummen: in 57 Sekunden bis zu 100 Euro, wie der Verein „Comeback Austria“, der aus einer Selbsthilfegruppe für Spielsüchtige entstanden ist, filmdokumentarisch festhält (www.c-b-austria.at).

Der Chef kommt...

Wer hier tatsächlich die



Informieren Sie sich im Internet unter:
<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>



WIE SCHWAMMERLN AUS DEM BODEN der Südsteiermark

Gewinner sind, erahnt man, wenn man die Betreiber in teuren Wagen vorfahren sieht um die Losung abzuholen, aber auch, wenn man die Gewinnmeldungen der Glücksspielkonzerne in den Medien verfolgt.

Besonders kritisch sieht diese Entwicklung Anton Peter Krainz, Obmann des Vereins Comeback Austria. Er schildert die Dramatik der Spielsucht so: „Alle Gedanken der Spielsüchtigen drehen sich nur um ein einziges Thema: das nächste Spiel. Dabei raubt der Automat den Spielsüchtigen buchstäblich den letzten Hosenkнопf.“

„Der Automat raubt den Spielsüchtigen buchstäblich den letzten Hosenkнопf“

Anton Peter Krainz, Verein Comeback Austria

Während immer mehr traditionelle Geschäfte abwandern, begrüßt man in der Stadt die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch die Automatenbetreiber.

Kaufkraft entzogen

Dass sich dadurch die Kaufkraft der Stadt vermehre, führt Herr Krainz mit einem kleinen Rechenbeispiel ad absurdum: „Fünf Beschäftigte können einen Kundenkreis von 500 Stamm-Spielern bedienen. Lässt jeder von ihnen 300 Euro pro Monat im Automaten, ergibt das für die Stadt einen monatlichen Kaufkraftverlust

von 150.000 Euro, das 100-fache dessen, was fünf Wettcafé-Angestellte durch ihre Beschäftigung im Monat an Kaufkraft dazugewinnen.“

Gutschein per SMS

Um an „Frischfleisch“ zu kommen, geht die Automatenbranche in ihrer Werbung immer massiver vor. Geworben wird häufig mittels SMS. Eine gängige Praxis ist z.B. die Buchung von Automaten Guthaben aufs Handy. Wer 20 Euro investiert, bekommt beispielsweise 50 Euro vom Spielsalon „dazugeschenkt“. Tatsächlich werden diese 50 Euro im Falle eines Gewinnes wieder abgezogen. Hat man die Klientel einmal geködert, ist für künftige Gewinne auf Betreiberseite gesorgt.

„Leibnitz gewinnt“, steht groß auf den Werbeplakaten für das neue Spielcasino in der Stadt. Zahlreich aber werden die Verlierer sein...

WER WIRKLICH GEWINNT

Der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic AG blickt auf „das mit Abstand beste Geschäftsjahr“ (Generaldirektor Franz Wohlfahrt) zurück. Der Konzernumsatz der Novomatic AG ist 2007 um 27 % auf 960,2 Mio. Euro gestiegen, das EBITDA (Konzernergebnis vor Zinsen und Steuern) hat mit 329,3 (199,3) Mio. Euro um 65 Prozent zugelegt.

Wettcafé OK?

Haben die Leibnitzerinnen und Leibnitzer eine große Freude mit der Wettcafé-Dichte in ihrer Stadt?

Wirklich, 13 Wettcafés gibt es hier? Ich persönlich halte nicht viel davon. Trotzdem meine ich, jeder muss für sich selbst entscheiden, ob er da hinget. (Andrea Skarget, Hausfrau)



Mir ist nicht aufgefallen, dass es hier so viele Wettcafés gibt. Ich gehe da bestimmt nicht hin, weil ich vom Automatenenspiel rein gar nichts halte. (Notburga Zechner, Verkäuferin)

An der Wettcafé-Dichte sieht man, dass es genug Automatenspieler gibt, aber die reden ja nur darüber, wenn sie gewinnen. Wie viel sie tatsächlich in den Automaten werfen und verlieren, sagen sie nicht. (Dominik Strutz, Paketzusteller)



Ich habe von den vielen Spielsalons gehört. Für die Jugend ist das wirklich gefährlich, weil sie viel mehr riskieren und das Spielen

leicht zur Sucht werden kann. Man gewinnt ja nur minimal. Meistens verliert man viel. (Doris B., Pensionistin)

Ich habe schon genug Glück gehabt im Leben. Dazu brauche ich kein Glücksspiel. Es ist bedauerlich, wenn es immer mehr Spielsüchtige gibt. Für mich ist eines klar:



Solche Lokale betreue ich grundsätzlich nicht. (DI Karl-Ernst Sinemus, Pensionist)



STROM AUS WASSERKRAFT ODER NATURRAUM? Bedrohtes Paradies

Die Estag plant zwei Kraftwerke in den Murauen südlich von Graz. Der Stromkonzern wirbt mit 102 Maßnahmen zum Erhalt der Natur, Naturschützer warnen vor der Zerstörung eines Paradieses.

Fiep, fiep.“ – Ein hoher, langgezogener Ton kommt aus dem Unterholz. Und wiederholt sich. Kurz darauf taucht ein Reh auf der kleinen Lichtung mitten in den Gössendorfer Murauen auf, um sich an den saftigen Frühlingsgräsern zu laben, während in der Ferne ein Fasan seinen typischen Schrei ausstößt.

Wer unberührte Natur, verwachsene Wälder und verschlungene Pfade am Murofer, ein Reservat mit einer Vielzahl von Tieren und Pflanzen sucht, ist in den Murauen südlich von Graz gut aufgehoben. Nah an der Stadt und doch ganz abgelegen sind die Wälder an der Mur bei Gössendorf und Kalsdorf, wo die Estag zwei

Wasserkraftwerke errichten will. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wurde bereits positiv abgeschlossen, der Stromkonzern will die Projekte mit einer Vielzahl von „Kompensationsmaßnahmen“ naturverträglich abwickeln.

Geplant sind zwei Kraftwerke, mit deren Leistung 45.000 Haushalte mit Strom versorgt werden könnten. Eines soll nahe der Kläranlage in Gössendorf entstehen, das zweite bei Mellach. Die „Stauseen“ reichen jeweils knapp vier Kilometer zurück. 120 Millionen Euro will die Estag-Tochter Steweg/Steg dafür ausgeben – inklusive 102 Projekte zum Erhalten des Naturraums, zu denen etwa neue Seitenarme

für den Fluss gehören, wie es sie vor 100 Jahren, vor der Begradigung der Mur, gegeben habe. Inklusive Hochwasserschutz, mit dem man die Anrainer geködert hat.

Rodungen ab Herbst geplant

Naturschützer hingegen warnen vor dem Zerstören eines wichtigen Naturraums. „Werden die Kraftwerke gebaut, droht ein Verlust von 90 Prozent der dort lebenden Arten“, warnt Markus Ehrenpaar, Geschäftsführer des Naturschutzbundes Steiermark. WWF-Wasserexperte Arno Mohl schlägt in die selbe Kerbe: „Der Fluss wird massiv verändert. Die Ausgleichsmaßnahmen würden bedeuten, dass man ein Leiche schminkt.“ Umweltanwältin Ute Pöllinger hat gegen das UVP-Verfahren berufen, nun



hat der Bundesumweltsenat das letzte Wort.

Die unzähligen Vogelstimmen in den Baumriesen in der Au werden ruhiger in der Dämmerung. Am Murofer landen zwei Wildenten. Ein paar Frösche oder Kröten beginnen ihr abendliches Quaken. Der Tag neigt sich dem Ende zu. Gilt das auch für das Naturparadies im Süden von Graz oder entsteht durch die Kraftwerke eine neues? Vergleiche mit bestehenden Murkraftwerken lassen nichts Gutes vermuten.



Ein Paradies für Spaziergänger, spielende Kinder, Tiere und Pflanzen sind die Murauen südlich von Graz derzeit. Ein Vergleich mit bestehenden Mur-Kraftwerken lässt keine gute Zukunft für dieses Paradies erahnen.



Steirische
Volksstimme

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 0316 / 877 51 02,
Fax 0316 / 877 51 08
E-Mail:
volksstimme@
kpoe-steiermark.at
DVR: 0600008



TIERSCHUTZ IN DER STEIERMARK – SEIT 1860

Artenschutz und Tierrettung

Beim Landestierschutzverein ist man ruhig, besonnen und voll Engagement bemüht, armen Tieren zu helfen. Und das seit 1860.

Von Franz Ritter von Villefort, Pfarrer Soedel, Ritter Freiherr von Kalchberg und anderen wurde der erste steirische Tierschutzverein am 23. Mai 1860 ins Leben gerufen. In der Zeit, als Arbeiter einen Gulden pro Woche verdienten, machte Marie Schliers de Moranville 9.300 Gulden

für den Tierschutz locker. Für Tiertransporte und Tierrettung verwendete man damals ein Eselsgespann.

Heute verfügt der Landestierschutzverein in der Grabenstraße 113 über sechs Fahrzeuge für die Tierrettung, die in der ganzen Steiermark unterwegs sind. Die Einführung des Tierräztenotdienstes ist zu einem Gutteil ein Verdienst des Vereins. „Unser aufrichtiges Bestreben ist es, einen ehrlichen, vernünftigen

und verantwortungsbewussten Tierschutz zu vertreten“, so das Motto des Vereins mit dem Obmann DDr. Fritz Lichtenegger.

Beim Landestierschutzverein gibt es nicht nur zu Haustieren fachkundige Hilfe und Information sondern auch Schutzprogramme und Know-How zu Fledermäusen, Störchen, Igel und vielen anderen Arten. Weitere Informationen: <http://www.landestierschutzverein.at/>



Derzeit warten beim Landestierschutzverein mehrere Haustiere auf neue Besitzer; und knapp zehn entlaufene auf ihre alten... Die folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Captain Sparrow und Aragon sind zwei Kaninchen-Brüder, geb. am 25. April 2008, äußerst anschiemig. (Kaninchen sollten nicht alleine gehalten werden.)



Lucky ist eine reine Wohnungskatze, weiblich, geb. 2000. Der Vorbesitzer kann aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr auf sie schauen. Vielleicht möchte ein älterer Mensch auch lieber eine etwas ältere Katze zu sich nehmen.



Luna: Sie ist eine weibliche sterilisierte Katze, dreifärbig, geboren 2006 und sehr anschiemig. Der Vorbesitzer hatte leider eine Allergie auf Katzenhaare.



Killy: Mischlingsrude, männlich, geb. 2006, ein sehr umgänglicher Hund. Der Vorbesitzer kann sich wegen einer Haftstrafe nicht um Killy kümmern.



Tschuti: Terrier/Dackel Mischlingsrude, geb. im Juni 2003. Er wurde schlecht gehalten. Wir suchen nun einen guten Platz.

TIERHEIME

Tierheim des Landestierschutzverbandes: Grabenstraße 113, 8010 Graz, Tel: (0316) 68 42 12, www.landestierschutzverein.at

Tierschutzverein Purzel & Vicky: Hofstraße Nr. 25, 8071 Valsoldsberg, Tel: (0316) 49 17 35, (0664) 23 80 359

Tierheim Trieben: Industriestr.12, 8784 Trieben, Tel: (0650) 33 58 895, www.tierheim-trieben.at

Tierschutzverein Leibnitz: Adamhof, Aflenz 24, 8430 Leibnitz, Tel: (0664) 35 03 439.

Tierverwahrungsstelle Brauchart: Zehndorf 10, 8504 Preding, Tel: (03185) 84 10, (0664) 15 47 172, www.hundepension.cc

Tierhilfe-Tierstube Kapfenberg: Siegfried-Marcus-Straße 9, 8605 Kapfenberg, Tel: (03862) 32 597

Tierschutzverein Trofaiach: Haiderhofweg 38, 8793 Trofaiach, Tel: (03847) 27 30

Tierverwahrungsstelle - Rosa Mayer „Ginetta“: Mülbenring 12, 8740 Zeltweg, Tel: (0676) 70 62 315

Tierschutzverein Leoben: Peter-Tunner-Straße 19, 8700 Leoben, Tel: (03842) 43 192

Tierschutzverein Franziskus: Hauptstraße 49, 8582 Rosental an der Kainach, Tel: (03142) 25 735, www.tierzeit.at/heim1081

Razzia gegen Tierretter

Tiere sind keine Ware! Zum Schlag gegen „radikale“ Tierschützer holte die Polizei Mitte Mai aus. Eine Razzia wie im Verbrechermilieu gab es nicht nur beim Verein „Tier-Wege“ in Hofstätten bei Gleisdorf. In ganz Österreich gab kam es zu Polizeiaktionen gegen Tierschützer, deren wichtige Anliegen damit kriminalisiert werden sollten. Besonders betroffen: Der „Verein gegen Tierfabriken“, dessen Anliegen (etwa: Protest gegen Tierversuche) unter <http://www.vgt.at> nachgelesen werden können.

Amsel – Verein für Arbeitslose

Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen (= AMSEL). Der Verein AMSEL vertritt die Interessen von Arbeitslosen und fordert mehr Verteilungsgerechtigkeit.



Beratung und Hilfe für Arbeitslose beim vierzehntägigen Stammtisch.

Der Verein AMSEL ist eine Interessensvertretung von Betroffenen für Betroffene und nimmt sich der Probleme von Erwerbs-Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, sozial schwach gemachten und jener, die den Einstieg in den Beruf nicht schaffen, an, damit diese endlich eine Stimme bekommen.

Oft melden sich Arbeitslose, die auch schon schlechte Erfahrungen mit der übermächtigen Organisation AMS gemacht haben, bei AMSEL. Die Arbeitslosen werden von manchen BetreuerInnen von oben herab behandelt, es wird oft auf Problemlagen nicht eingegangen, im

der Weiterbildung dienen, müssen absolviert werden. Hier versucht der Verein mit Interventionen helfen.

AMSEL ist bemüht, das Bild der Arbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit zu verändern. Deshalb haben wir schon zwei Mal das Labyrinth „Arbeit und Identität“ ausgestellt. Nicht jeder der mit seiner Tätigkeit in unserer neoliberalen Wirtschaft kein oder zu wenig Geld verdienen kann, ist zu faul zum Arbeiten!

Weitere Infos:
www.amsel-org.info
office@amsel-org.info,
Tel. 0699/815 37 86.



anstatt Kurse, die wirklich

Abgabenbefreiung bei Ökostrom

Das neue Ökostromgesetz soll alternative Energieformen fördern, allerdings sollen vor allem die Haushalte belastet werden, während es für energieintensive Industriezweige eine Deckelung der Kosten geben soll. Diese Ungerechtigkeit hat die KPÖ im Landtag zur Sprache gebracht: Haushalte mit kleinen Einkommen sollen von dieser Abgabe befreit werden.

SPENDIERHOSE

Die Zerschlagung der alten ÖBB Strukturen brachte eine Zergliederung der Bahn mit vielen neuen Chefs in den einzelnen Teilbereichen. Nun wird wieder umorganisiert. Den „Alten“, etwa Ex-ÖBB-Chef Huber wird der Abschied versüßt: **820.000 Euro** bekommt er Abfertigung. Auch ÖBB-Personenverkehrs-Chefin Goldmann wurde der Abgang im Juni 2007 mit **720.000 Euro** schmackhaft gemacht. Im ASFINAG Bereich gab es letzten September für die Ex-Chefs Lückler und Reichhold **je 720.000 Euro**, Kollege Trattner bekam „nur“ **605.000 Euro**.

Trauen Sie der Pensionsvorsorge? Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Umfrage zur Pensionsvorsorge:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Wie kann Ihrer Meinung nach das Pensionsystem in Österreich geichert werden? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Ausbau des bestehenden Systems
- 2.) Auszahlung einer Mindestsicherung, wer privat vorsorgt kriegt mehr.
- 3.) Nur wer privat vorsorgt soll eine Pension bekommen, die anderen sollen sehen wo sie bleiben.

Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der steirischen KPÖ zugeschickt.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An die
**Steirische
Volksstimme**

co KPÖ - Ernest Kaltenegger
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

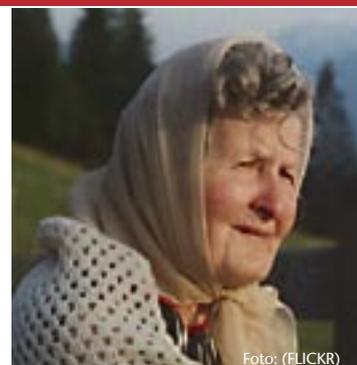


Foto: (FLICKR)

Was erwartet die jetzt Arbeitenden in der Pension? Pensionsfonds und Vorsorgemodelle wackeln angesichts der Aktienkrisen ordentlich. Niemand kann mit Sicherheit sagen, wie gut oder schlecht sich die Pensionsvorsorge entwickelt, die dank der schwarzblassen Regierung zum Teil auf privaten Beinen steht, während die öffentliche Verantwortung für die Altersvorsorge zurückgeht. (Siehe Seiten 2/3).

HRDLICKA-AUSSTELLUNG IM VOLKSHAUS GRAZ

Menschlichkeit in Stein gemeißelt

Zum 80. Geburtstag des großen Bildhauers gibt es im Grazer Volkshaus eine Ausstellung selten gezeigter Werke Hrdlickas, die vom Weizer Sammler Diethart Arsenschek zur Verfügung gestellt werden.

Er kann sich nur mehr erschwer bewegen. Die Last des Gesteins, dem er Jahrzehntelang Form und Struktur abgerungen hat, lastet auf Gelenken, Knochen, Haut. Man sieht Alfred Hrdlicka an, wie schwer seine Arbeit war, die er mehr als Berufung denn als Beruf sah. Mehrere seiner Werke aus einer Privatsammlung sind im Juni im Bildungsverein der KPÖ zu sehen.

Alfred Hrdlicka erblickte am 27.2.1928 das Licht dieser Welt. Dem bekennenden Kommunisten wurde das politische Weltbild vom Vater in die Wiege gelegt, der sich als Kommunist Widerstand gegen das Naziregime leistete. Klein Alfred half damals beim Verteilen verbotener Flugblätter. Auf der anderen Seite interessierte er sich für die Bekannten seiner Mutter – darunter Anna Freud, Tochter Sigmund Freuds, für

deren Projekt Hrdlickas Mutter verhaltensauffällige Kinder betreute. Die Mischung aus intellektuellem und Arbeitermilieu aus der Vorstadt prägte sein Schaffen.

Berühmt wird der Bildhauer 1959 mit seinem Gekreuzigten, er schafft Zyklen über Einzelgänger und Antihelden, über historische Begebenheiten, über Lust und Leiden nebeneinander – immer gehauen aus Stein. Einmal mehr für Aufregung sorgte er 1991 mit seinem „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ am Wiener Albertinaplatz.



Heute greift er zum Pinsel statt zu Hammer und Stemmeisen. „Ich bin eine Ruine“, sagt der Künstler von sich. Seine Gesundheit ist von der jahrzehntelangen Arbeit mit Stein stark angegriffen. Seine Werke sind dauerhaft.

**Alfred Hrdlicka**

Skulptur, Mischtechnik, Zeichnung, Grafik
aus der Sammlung Arsenschek

DER KÜNSTLER IST ANWESEND!

Eröffnung am **Mittwoch 4. Juni 2008 19.00 Uhr**
Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz
es spricht Trautl Brandstaller

5. bis 21. Juni 2008

Öffnungszeiten: Dienstag bis Samstag von 10 bis 18 Uhr (Donnerstags bis 21 Uhr)
Tel 0043-316-225931 - E-Mail: leo.kuehberger@kpoe-steiermark.at

**Diethart Arsenschek:
Warum ich Werke von
Alfred Hrdlicka sammle**

Eines der beeindruckendsten Erlebnisse meines Lebens: Die persönliche Begegnung mit Prof. Hrdlicka und seiner Frau Angelina! Das riesige Atelier, die unfassbare Zahl von großartigen Steinskulpturen, Bronzen, Gips- und Ton-Modellen, Gemälden, Zeichnungen und Grafiken! Wie kann ein Mensch, wenn er auch oftmals als „Berserker“ apostrophiert wurde, all dies in einem Leben (er)schaffen? Prof. Dietrich Schubert (Universität Heidelberg) schreibt in seinem 2007 erschienen Buch: „Alfred Hrdlicka – Beiträge zu seinem Werk“ folgendes: „Ohne Zweifel ist der (...) Alfred Hrdlicka einer der bedeutendsten Künstler unserer Zeit-Gegenwart, der sich immer den Moden und dem neuen L'Art pour l'Art des Kunstbetriebs verweigerte, - der wichtigste Revolteur-Künstler unserer Epoche nach der Nazi-Diktatur.“

VERANSTALTUNGEN

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz,

Lagergasse 98a, 8020 Graz:

Tel. 0316/22 59 31 bzw. 22 59 32
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Mittwoch, 4. Juni, 19 Uhr: Der KPÖ-Bildungsverein präsentiert Werke von **Alfred Hrdlicka** aus der Sammlung Dieter Arsenschek. Bei der Eröffnung wird der Künstler anwesend sein.

RADIO KPÖ

Umfassende Informationen: Die Veranstaltungen sind auf der Homepage des KPÖ Bildungsvereins umfassend dokumentiert. Vieles Veranstaltungen gibt es auch als Audio-Stream zum nachhören, so etwa die Lesung von Peter O. Chotjewitz. <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Allerhand
aus Stadt und Land

**Mürzzuschlag:
Chirurgie in Mürz
erhalten!**

Einstimmig sprach sich der Mürzer Gemeinderat für die Erhaltung der chirurgischen Abteilung im Krankenhaus Mürzzuschlag aus. Die KAGES hat in den vergangenen Jahren das Leistungsangebot der Chirurgischen Abteilung entgegen den 2004 gemachten Versprechungen stark eingeschränkt. Wurden 2004 im Krankenhaus Mürzzuschlag noch mehr als 1500 Operationen durchgeführt, waren es 2007 nur noch rund 500. Chirurgische Maßnahmen, die eine Öffnung des Bauchraumes nötig machen, dürfen nur noch im LKH Bruck durchgeführt werden. Nach der Operation gehts zurück nach Mürz, wenn Komplikationen auftreten wird wieder 40 km nach Bruck gefahren. Das hat bereits zu lebensbedrohenden Situationen für Patienten geführt.

Für die Gemeinde erhöhen sich die Kosten wegen der größeren Zahl an Überstellungsfahrten in andere Krankenhäuser um das Dreifache.

Es gibt zwar eine Standortgarantie für das LKH Mürzzuschlag an sich, nicht jedoch für die chirurgische Abteilung.

ZVP
Zentralverband
der Pensionisten

SPRECHTAGE
Mo. bis Fr. von
10 bis 14 Uhr
Lagergasse 98a,
8020 Graz

☎ **0316/71 24 80**

Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- andere Probleme



**Ferien im Hollerhof
in Dedenitz**

Südoststeiermark, direkt an der slowenischen Grenze, 4 km von Bad Radkersburg.
Weinberge, Störche, Ruhe, Burgen, Schlösser, Radlerparadies Thermen Bad Radkersburg und Radenci je 4 km. Drei großzügige sep. Komfort-Ferienwohnungen (2-5 Personen) am Dorfrand. Rundum Natur pur. Nicht teuer. Kein Konsalik im Bücherregal! www.hollerhof-dedenitz.de, Tel. 0476 / 3522 (ab 14 Uhr), Christel und Dietrich.

MHM GARTENFEST 08
Kinderland Spielfest (inklusive Elternbetreuung)
tolles Musikprogramm!
Samstag 28. Juni 2008, ab 14 Uhr
im Garten der KPÖ Mürzzuschlag, Wienerstraße 148
KPÖ und Kinderland Mürzzuschlag

AXL LESKOSCHEK
AUSSTELLUNG
LANDHAUS FEUERLÖSCHER
PRENNING BEI DEUTSCHEISTRITZ
17. Mai bis 31. Oktober 2008

Axl Leskoschek, bekannt geworden durch seine Werke „Odysseus“ und „Kain-Zyklus“, gilt heute als einer der Hauptvertreter der steirischen Kunst der Zwischenkriegszeit.

Infos: 0664/ 411 36 68 oder prenninger.gespraech@gmx.at

Red:out jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2 (Nähe Jakominiplatz).

KLEINANZEIGEN

Küche gesucht

Alleinerziehende Mutter, fünf Kinder, **Raum Voitsberg**, sucht neue oder gut erhaltene, gebrauchte Küche für neu zu beziehende Wohnung in Rosental. Günstigst oder kostenlos, Selbstabholung möglich. Tel. (0664) 47 59 970.

Wohnen + Pflege

Am Land (Nähe Gleichenberg) bei 77-jähriger Witwe, mittags kochen plus ca. 2 Std. täglich leichte Hausarbeit gegen Bezahlung, im Wechsel mit zweiter Frau, gesamt zwei Wochen im Monat oder ständig. Anrufe unter (0664) 114 79 27

Baugrund

In Bad Gleichenberg, Südhanglage, privat zu verkaufen. Tel. (0664) 555 33 32.

Welpen zu vergeben

Golden Retriever-Welpen mit Stammbaum günstig abzugeben. Tel. (03159) 31 60.

Haus gesucht

Suche Haus in Graz oder Graz Umgebung zu kaufen. Leibrente möglich. Tel. (0699) 81 25 73 70.

Wohnung gesucht

Suche in Graz Ost oder Graz Umgebung **Kleinwohnung ca. 50 m²**, EG oder Tiefpattere, vielleicht am Waldesrand, ruhig- mit Busanbindung, kleiner Hund vorhanden, würde auch gerne kleine Hausmeister-tätigkeiten übernehmen oder als Gegenleistung ältere Leute betreuen. Preis inkl. BK und HZ Euro 350,-, wohnbeihilfenförderbar, Tel. (0316) 48 33 77.

In Graz, TU-Nähe, für eine **Studenten-WG** mit rund 60 – 80 m², 3 Zimmer, Küche, Bad und WC. Miete zwischen 600 und 800 Euro (incl. BK). Kontakt: Patrick Pichlmair, (0650) 43 44 602

Günstige Kleidung

Der gemeinnützige Verein **AGAPE** verkauft gespendete, qualitativ hochwertige Damen-, Herren- und Kinderbekleidung zu sehr günstigen Preisen. Der Reinerlös kommt kranken, behinderten oder sozial benachteiligten Kindern zugute. Außerdem werden laufend Sachspenden vergeben. Gespendete Waren werden auf Wunsch abgeholt. **Info: Tel. 0664 840 4381, Kaiser-Franz-Josef-Kai 40 (neben der Schloßbergbahn).**

Büroarbeit gesucht

Verlässlicher Grazer Familienvater, 42, sucht Büroarbeit. Ich bin ausgebildeter bautechnischer Zeichner, würde mich aber beruflich verändern. Ich kann mit Menschen umgehen, liebe Pflanzen und Gärten, und kenne mich auch im Bereich Wohnbau aus. Tel. (0699) 81 77 86 75

HAUS in GRAZ/NEU-SEIERSBERG



8055 Graz: Einfamilienhaus mit ca. 135m² Wohnfläche
Sehr gepflegt, voll unterkellert, massives Carport, ca 30m² überdachte Terrasse, Öl-ZH sowie Zusatzofen für feste Brennstoffe, 950 m² Grund, eigener Brunnen am Grundstück, Südgasse, B11962, zwischen 1998 und 2001 generalbaniert: Vollwärmeschutz, neues Dach, neue Fenster, Türen, Installationen, Böden, Wände etc... (Wir an Privat!)

Anfragen an: Hr. Greiderer, Tel. +43 (0) 699 / 102 995 96



Wir suchen **Stühle** (wie oben abgebildet)!, auch renovierungsbedürftig, für unsere Klubräumlichkeiten. KPÖ Graz. Selbstabholung. Telefon: 0316 / 71 24 79.

Helfen statt reden
Beratung in allen Lebenslagen

Notruf 0316/ 877 5101

in Stadt Land **KPÖ** Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Landhaus – Hinterhaus

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Problem Spielsucht

Ich bin ca. seit drei Jahren mit Spielsüchtigen zusammen und gehe durch die Hölle. Es ist ein Wahnsinn, dass man nichts dagegen unternimmt.

Es ist egal, in welches Lokal man geht – und wenn es noch so klein ist, stehen mindestens zwei Spielautomaten und noch mehr Spielsüchtige herum. Da die Cafétreiber mitverdienen und nur so ihren Betrieb aufrechterhalten, wird es immer mehr anstatt weniger. Es ist ganz schlimm, wenn man merkt, wie die Spielsucht zunimmt und keiner nur irgendwas unternimmt. Mein Freund ist schon seit 20 Jahren spielsüchtig; obwohl auch schon sein Vater Haus und Hof verspielt hat und heute ein Wrack ist.

Er hat mir schon hundertmal versprochen aufzuhören, aber er kann es nicht, weil man ja in fast jedem Lokal dazu animiert wird. Das gehört abgeschafft.

Frau K.

Benzinpreis Rekord – Protest geplant!

Die Treibstoffpreise explodieren. 20 Schilling pro Liter ist schon erreicht. Die Märkte flippen aus. 2007 machten die Mineralölfirmer sagenhafte 417 Milliarden Euro Gewinn.

Und was machen wir Betroffene? Es wird geraunzt und geschimpft. Aber wir fahren weiter in die Arbeit, wir tanken

weiter. Warum verstehen wir nicht, dass nur mit Protesten etwas zu erreichen ist! Zeigen wir Zivilcourage! AutofahrerInnen kommt und wehrt euch! Ein Protest im Juni vor dem Parlament ist geplant. Auch die Gewerkschaften, Tageszeitungen, Medien und Autofahrerklubs sind aufgerufen, hier mit zu tun. Meldet euch zahlreich unter E-Mail: karl.halman@chello.at

Bauern: Versicherung kassiert ohne Leistung

Aus leidvoller Erfahrung weiß ich, dass die Unfallversicherung der Bauern in eine gesetzliche Pflichtversicherung ist, die 1996 zugunsten der Vollerwerbsbauern geändert wurde.

Bei Unfällen von Nebenerwerbsbauern, die Pflichtzähler der Versicherung sind, ist es unmöglich, aus der Unfallversicherung eine Leistung zu bekommen. Im Fall des Nebenerwerbs

wird faktisch jeder Unfall als Haushaltsunfall gezählt und die Unfallversicherung der Bauern zahlt dann gar nichts.

Mir ist es nach einem schweren Unfall so ergangen. Aber einkassiert wird der Pflichtbeitrag zur Unfallversicherung der Bauern auch bei den Nebenerwerbslandwirten; und zwar sogar doppelt. Einmal direkt per Vorschreibung an die SVA der Bauern. Zweitens indirekt vom Finanzamt als ausgewiesener Teil der Steuern für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Wann wird hier Gerechtigkeit geschaffen? Wo sind unsere hochbezahlten Politiker? Oder kennen die Abgeordneten die eigenen Gesetze nicht, die sie beschlossen haben? Entweder sollen auch Nebenerwerbslandwirte bei Betriebsunfällen eine Entschädigung aus der Versicherung bekommen oder die Pflichtversicherung wird gestrichen. Wer nichts bekommen kann soll auch nicht zahlen müssen! **Wer hilft uns diese Ungerechtigkeit zu beseitigen?**

J. Wurzer, 8092 Rannersdorf, Tel/Fax 034 77/2509

KPÖ
STEIERMARK

MÜRZZUSCHLAG

SPRECHSTUNDE
mit KPÖ-Labg.
Dr. Werner Murgg

Do. 5. Juni 2008
10.00 Uhr,

KPÖ-Heim, Wienerstraße 148
Telefonische Anmeldung erforderlich

Tel. 0650/27 10 550

oder: 038 52 24 53

mürzzuschlag
KPÖ

VOITSBERG

KPÖ

VOITSBERG

SPRECHSTUNDE
mit KPÖ-Labg.
Claudia Klimt-Weithaler
und DSA Karin Gruber
Di. 17. 6. 2008

10.30 bis 12.30 Uhr,
KPÖ-Bezirksheim Voitsberg,
C.-v.-Hötzendorfstraße 29,
Tel. 03142 / 22421 oder
0316 / 877 51 01

Bürozeiten: jeden Mi: 10 bis 14 Uhr

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

1-2 oder 3 Wochen möglich!

vom 06. Juli bis 24. August

kinderland Steiermark

Auskunft und Anmeldung:
kinderland Steiermark
Mehlsplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

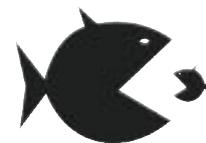
TOSCANA

Ferien mit Musik, Art & Jazz

Del Venti/Seggiano
ein unvergleichliches Ort
der Schönheit
der Gestaltung
in der Natur
mit der Natur

Webseite: www.italiade.it
Tel./Fax 0039 0564 950852
mobile 0039-338-153981R

Paradies für Spesenritter



8000 Euro bekommen die österreichischen EU-Abgeordneten 14 Mal pro Jahr. Dazu kommt noch ein sat-tes Körbergeld.



Im EU-Parlament in Brüssel und in Straßburg: Viel Blabla um viel Geld – die wichtigen Entscheidungen fallen anderswo. FLICKR

Wanderer, kommst Du nach Hause, so erzähle, Du hast uns herrschen gesehen in Saus und Braus.“ – So könnte ein in Stein gemeißelter Hin-weis an den Toren des EU-Parlaments in Straßburg lauten. Denn die EU-Abgeordneten genießen ein Leben in Saus und Braus.

8000 Euro bekommen die 18 heimischen EU-Mandatare 14 Mal pro Jahr bezahlt (brutto vor Steuern). Für dieses Geld dürfen sie bei Entscheidungen mitreden – denn die echte gesetzgebende Macht ist der Ministerrat. Das Parlament mit seinen 785 Abgeordneten aus 27 Mitgliedstaaten dient eher dem Befriedigen nationaler Eigenheiten in Form von lang-atmigen Diskussionen.

287 Euro Taggeld

Diese werden nicht nur in Brüssel, sondern auch in Straßburg geführt. Für das Pendeln zwischen den Metropolen bekommen die Abgeordneten fette Spesen. Ebenso für Reisen zwischen Belgien und der Heimat – die Vergütung dafür macht bis zu 3500 Euro pro Jahr aus. Für parlamentarische Sitzungen gibt es ein Taggeld von 287 Euro.

Mit einer „Allgemeinen Kostenvergütung“ von 4052 Euro pro Monat können die EU-Abgeordneten den Aufwand für Reisen im Heimatland und für ein dortiges Büro

decken. Dazu kommen 16.914 Euro pro Monat, mit denen bis zu vier Helferlein bezahlt werden können.

192.000 Euro Abfertigung

Dazu übernimmt die EU das Bezahlen von Lebens-, Unfall-, Dienststahs- und Verlustversicherungen, Sprach-

und EDV-Kursen bis zu 5000 Euro pro Jahr, im Todesfall eine Witwenrente in der Höhe von 4000 Euro pro Monat oder eine gewaltige Abfertigung.

Die macht nach drei Dienstjahren als EU-Parlamentarier drei Monatsgehälter (24.000 Euro) aus und kann nach langen, „mühevollen“ Jahren in Brüssel bis zu 24 Monatsge-

EU: BEREICHERUNG MIT SPESENGELD?

Rund 1,3 Milliarden Euro kostet das Europäische Parlament pro Jahr. Die Hälfte davon geht an die 5800 Angestellten, etwa 20 Prozent an die Abgeordneten und deren Mitarbeiter.

2006 haben die Abgeordneten 70 Millionen Euro an Reisekosten und 135 Millionen Euro an weiteren Spesen verrechnet. Die Innenrevision der EU deckte bei Spesenabrechnungen aus den Jahren 2004 und 2005 „schwerwiegende Betrügereien“ auf, so der britische Abgeordnete Chris Davis.

hälter (192.000 Euro) schwer sein.



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ–Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at